



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

21. Jahrgang · Heft 3

März 1969

Grafik des Monats: Wirtschaftliche Entwicklung 1964 - 1968

Aufsätze: Betriebe und Beschäftigte im Handwerk

Hackfrucht- und Gemüseernte 1968

Baulandmarkt

Kurzberichte: Ausländer

Industrieproduktion 1968

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

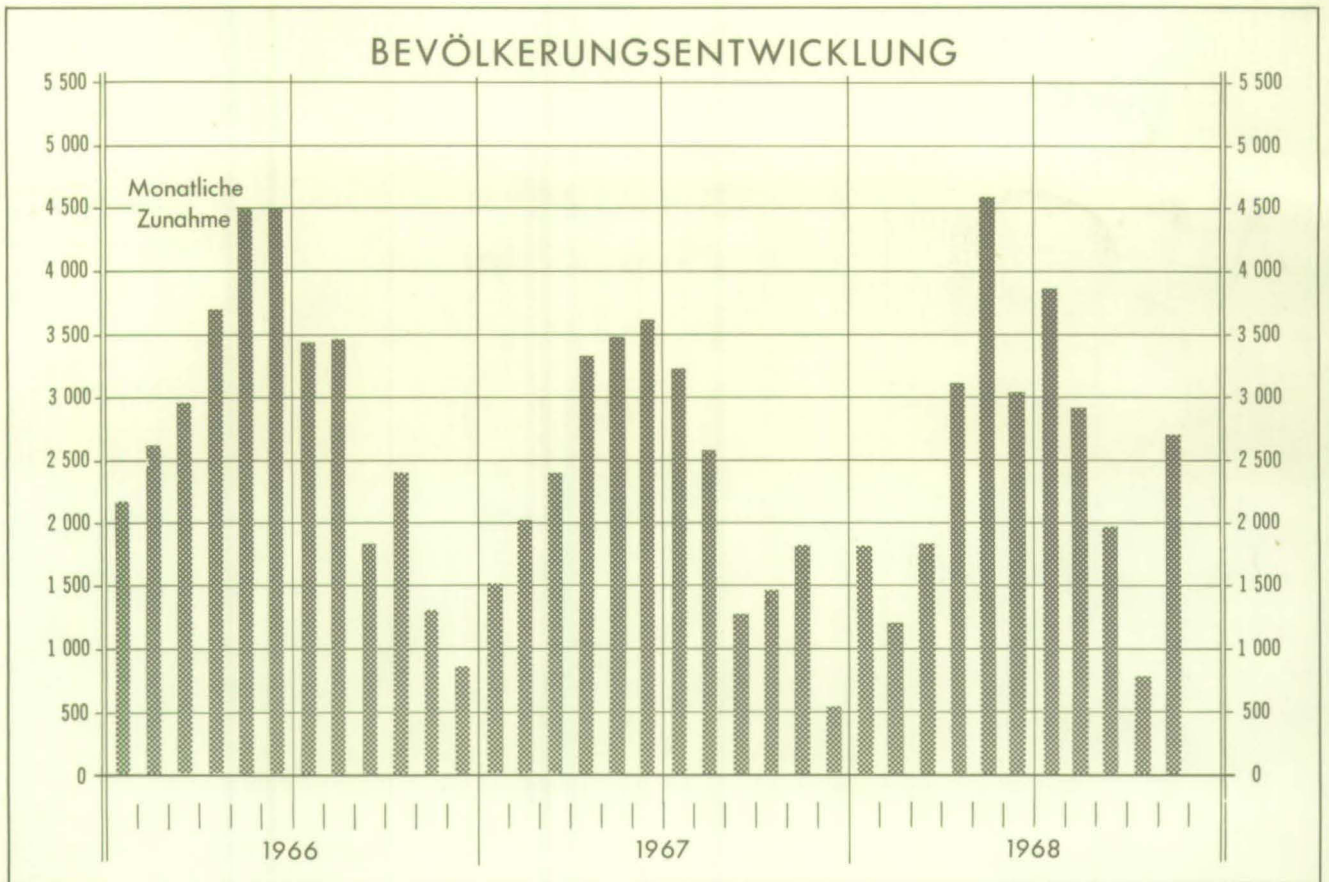
BEITRÄGE ZUM BRUTTOINLANDSPRODUKT



Herausgegeben vom

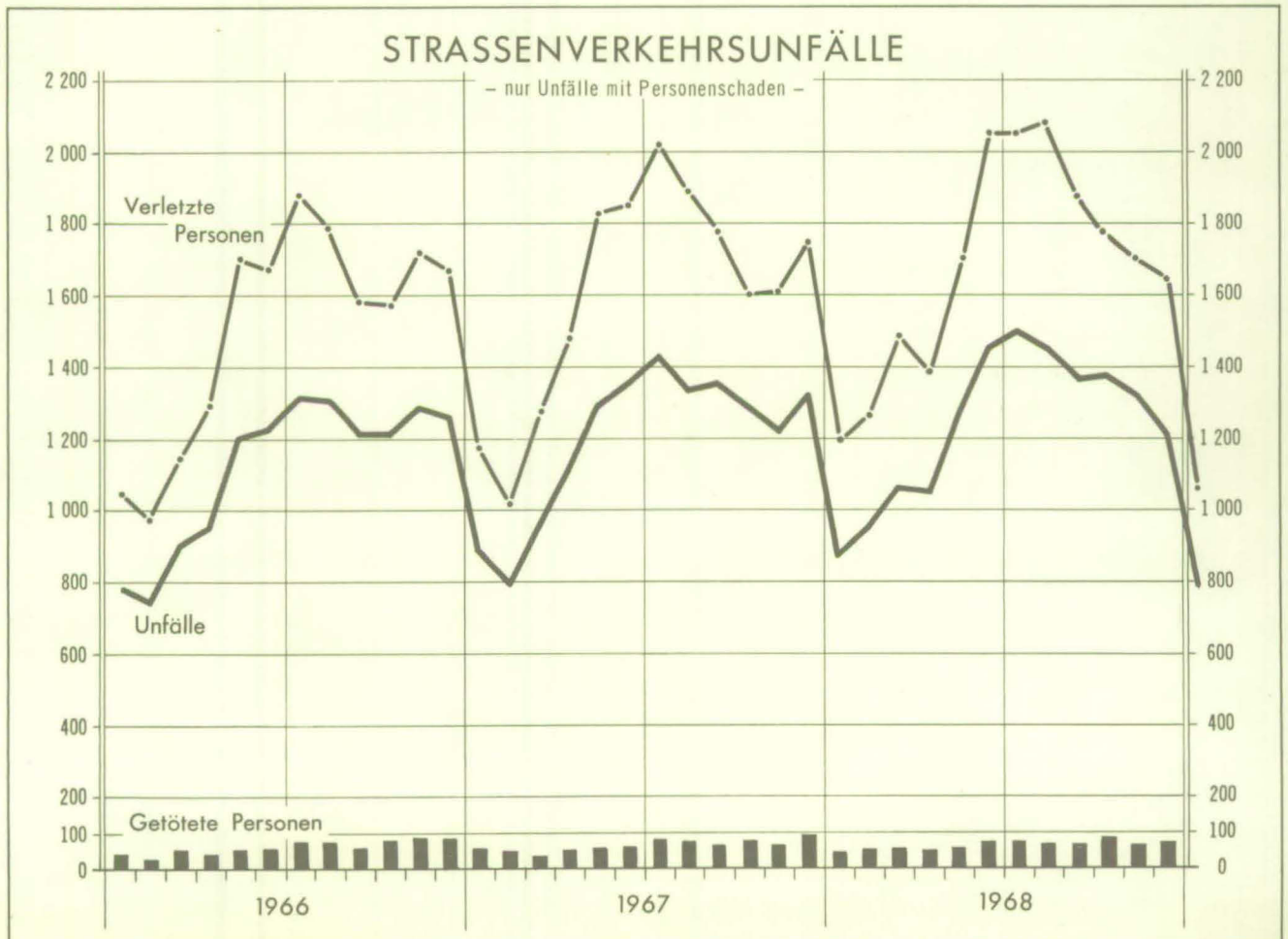
STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG



D - 3913

STRASSENVERKEHRsunFÄLLE





STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG - HOLSTEIN

21. Jahrgang · Heft 3

März 1969

Aktuelle Auslese



Fast eine halbe Million Pkw

Anfang 1969 gab es in Schleswig-Holstein rund 613 000 zulassungspflichtige Kraftfahrzeuge, 31 400 Fahrzeuge (5 %) mehr als Anfang 1968. Auch 1968 war diese Zunahme im wesentlichen auf den Anstieg des Pkw-Bestandes zurückzuführen, der um 30 180 (6 %) Fahrzeuge auf 494 000 Pkw anwuchs.



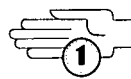
Guter Beschäftigtenstand im Bauhauptgewerbe

Im Bauhauptgewerbe Schleswig-Holsteins waren 1968 durchschnittlich 62 000 Personen beschäftigt, 2 % mehr als 1967. Die Summe der geleisteten Arbeitsstunden blieb geringfügig (- 1 %) unter dem Vorjahreswert. Rationellere Arbeitsmethoden und eine qualitative Verbesserung des Geräteparkes dürften aber diesen Rückgang mehr als aufgewogen haben, so daß sich eine um etwa 2 % höhere Bauproduktion als 1967 errechnet. Das läßt sich aus der Entwicklung der Meßziffer für die Bauproduktion (Basis 1958 = 100) ablesen. Sie stieg von 1967 = 150 auf 1968 = 153.



Löhne im Handwerk seit 1960 fast verdoppelt

Im November 1968 betrug der Brutto-Stundenverdienst der männlichen Vollgesellen in neun ausgewählten Handwerkszweigen in Schleswig-Holstein durchschnittlich 5,13 DM. Das entspricht einer Zunahme von beinahe 90 % gegenüber November 1960. Den höchsten Stundenlohn erhielten im November 1968 die Vollgesellen im Handwerkszweig Klempnerei, Gas- und Wasserinstallation mit 5,49 DM.



Gemeindesteuern 1968 gut erholt

Das Steueraufkommen der schleswig-holsteinischen Gemeinden hat sich 1968 günstig entwickelt. Nachdem es 1967 nur um 2,4 % zugenommen hatte, sind es 1968 mit 6 % mehr als in den vorangegangenen Jahren gewesen. Das Aufkommen der kreisfreien Städte ist – wie in den letzten beiden Jahren – nicht so kräftig gestiegen wie das der kreisangehörigen Gemeinden.

	Kreisfreie Städte	Kreisangehörige Gemeinden	Zusammen
	jährliche Zunahme in %		
1963	7,5	10,6	9,2
1964	3,0	8,6	6,7
1965	5,9	4,2	3,6
1966	2,9	4,8	4,9
1967	0,3	3,5	2,4
1968	4,5	6,5	6,0



Rund 7 500 Studenten

Im Wintersemester 1968/69 hatte die Christian-Albrechts-Universität in Kiel und die Medizinische Akademie Lübeck zusammen rund 7 500 Studenten (einschließlich Beurlaubte), und zwar 7 000 Deutsche und 500 Ausländer. An der Kieler Universität dominieren – wenn man grob gliedert – die Fachrichtungen Naturwissenschaften, Geisteswissenschaften, Allgemeine Medizin und Rechtswissenschaft. Im Winter 1968/69 gehörten über 80 % aller Studenten zu diesen vier Fachrichtungen.

Aus dem Inhalt

Betriebe und Beschäftigte im Handwerk

Seite 47

1968 zählten sich 22 300 Betriebe mit 157 000 Beschäftigten zum Handwerk. Wirtschaftssystematisch konzentrieren sich diese Betriebe auf das verarbeitende Gewerbe (55 % der Betriebe) und das Baugewerbe (27 %). Den Dienstleistungen sind 12 % zuzurechnen und zum Handel (als wirtschaftlichem Schwerpunkt) zählten sich 5 % der in die Handwerksrolle eingetragenen Unternehmer. Die zugehörigen Beschäftigten teilen sich charakteristisch anders auf: 45 % im Baugewerbe, 43 % im verarbeitenden Gewerbe, 9 % bei den Dienstleistungen und 3 % im Handel. Die Betriebe sind also im Baugewerbe (12 Beschäftigte) größer, in allen anderen Abteilungen kleiner als im Gesamtdurchschnitt (7). Im Bauhauptgewerbe hat ein Betrieb sogar fast 21 Beschäftigte (darunter im Hochbau und im Tiefbau: 52), im Ausbau- und Bauhilfsgewerbe dagegen nur 6. Im verarbeitenden Gewerbe sind die Unterschiede zwischen den einzelnen Zweigen nicht so groß. Überdurchschnittlich große Betriebe sind noch in den Reinigungshandwerken festzustellen, in der Gebäudereinigung z. B. über 50, in der Wäscherei und chemischen Reinigung immerhin noch 16 Beschäftigte je Betrieb. Die Herrenfriseurere dagegen mit 1,4 kann man fast schon als 1-Mann-Betriebe ansprechen, ebenso die Schornsteinfeger mit 1,8. Die durchschnittliche Beschäftigtenzahl hat sich gegenüber 1963 erhöht. Innerhalb der Größenklassen hat die Zahl der Betriebe nur bei denen mit 1 - 9 Beschäftigten abgenommen, die Zahl der Beschäftigten ging außerdem auch noch bei denen mit 10 - 19 leicht zurück. Dennoch bleibt für das Handwerk insgesamt die Kleinbetriebliche Struktur bestimmend. Aussagen über die regionale Verteilung des Handwerks und seine verschiedene Dichte schließen den Aufsatz ab.

Hackfrucht- und Gemüseernte 1968

S. 54

1968 waren in Schleswig-Holstein 7 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche, nämlich 78 000 ha, mit Hackfrüchten oder Gemüse bestellt. 14 000 ha davon trugen Kartoffeln, das ist weniger als 1967 und in den Vorjahren. Ursachen für diese Einschränkung sind die unzureichenden Preise und die unsichere Absatzlage. Die Anbaufläche der Rüben (Zucker-, Runkel- und Kohlrübe) hat sich kaum verändert. Die Neigung der Landwirte, den Zuckerrübenanbau auszuweiten, wird dadurch zurückgehalten, daß die Zuckerfabriken die Rübenabnahme kontingentieren, weil der Bedarf gedeckt ist und schon Halden bestehen. Für den Futterhackfruchtanbau hat sich die Entwicklung preiswerter Vollerntemaschinen günstig ausgewirkt. Dem Anbau der Runkel- oder Kohlrübe kommt wegen des Fruchtwechsels mit Getreide, besonders auf der Geest, besondere Bedeutung zu, wenn die Kartoffel aufgegeben wurde. Der Gemüseanbau wurde 1968 erheblich eingeschränkt; die Erträge fielen, abgesehen von Frischerbsen, allgemein niedriger aus als im Vorjahr.

Baulandmarkt

Seite 59

Zeitliche und räumliche Vergleiche von durchschnittlichen Grundstückspreisen sind nur möglich, wenn die Zahl der für die Statistik verwendeten Kauffälle genügend groß ist. Dieser Aufsatz befaßt sich deshalb hauptsächlich nur mit den Grundstücksarten "baureifes Land" und "Rohbauland". Diese bilden zusammen neun Zehntel aller Baulandumsätze; der Rest verteilt sich auf Industrieland, Land für Verkehrszwecke und Freiflächen (Grün-, Park-, Erholungsanlagen, Sport-, Zelt-, Badeplätze, Friedhöfe). In den sechs Jahren 1962 bis 1967 wurden 38 000 Grundstücke mit zusammen reichlich 7 800 ha für insgesamt 750 Mill. DM verkauft. Geringer als in den anderen Jahren war das Grundstücksgeschäft 1963, 1966 und 1967, wobei die umgesetzte Fläche stärker zurückging als die Zahl der Grundstücke. Diese wurden also im Mittel nicht nur weniger, sondern auch kleiner. Unter den Baulandgebieten, die in der Statistik ebenfalls unterschieden werden, dominiert das "Wohngebiet in offener Bauweise" und das "Dorfgebiet"; 1967 mußte man für 1 qm baureifen Landes im Wohngebiet in offener Bauweise im Schnitt 21 DM und für entsprechendes Rohbauland 10 DM ausgeben. Im Dorfgebiet kostete 1967 das baureife Land 11 DM/qm und das Rohbauland 6 DM/qm. Die Preise für baureifes Land sind von 1962 bis 1967 um 81 % bis 151 % gestiegen, für Rohbauland dagegen nur um 29 % bis 52 %. Die Baulandpreise in den Kreisen und Bundesländern werden ebenfalls genannt.

Ausländer

Seite 65

1968 wurden in Schleswig-Holstein 30 000 Ausländer gezählt, das sind 1,2 % der Bevölkerung. Die Zahl der hier lebenden Ausländer war erst seit 1960 stark angestiegen, nachdem sie vorher unter 13 000 gelegen hatte. Die meisten Ausländer, die zwischen 1959 und 1966 (Höchststand) in unser Land zogen, kamen aus den sechs sogenannten Anwerbungsländern Türkei, Spanien, Italien, Griechenland, Jugoslawien und Portugal. Unter den 30 000 Ausländern 1968 sind allerdings die Dänen mit 2 700 stark vertreten nach den Türken (4 100) und den Spaniern (3 250).

Industrieproduktion 1968

Seite 67

Die Produktion der Industrie war 1968 um ein Zehntel größer als 1967 und um reichlich die Hälfte größer als 10 Jahre zuvor. In den Jahren 1962 - 1966 hatte die jährliche Zuwachsrate dagegen nur etwa 3 % betragen. Besonders kräftige Impulse gingen 1968 von Betrieben aus, die Gummi- und Asbestwaren, Kunststoffherzeugnisse und elektrotechnische Erzeugnisse herstellen. Die Ledererzeugung sank zur Bedeutungslosigkeit herab. Im Vergleich zum Bundesgebiet (+ 12,3 %) war die Zunahme des Produktionsindex 1968 im Lande (+ 9,6 %) geringer, doch muß man dies im Zusammenhang mit den Werten von 1967 sehen, die im Bund - 2,5 % und im Land + 0,6 % betragen hatten.

Wirtschaftsgliederung, Betriebsgrößen und Kreisergebnisse des Handwerks 1968

Erste vorläufige Ergebnisse der Handwerkszählung

Zur Vorbereitung der Handwerkszählung für das Jahr 1967 wurde eine sogenannte Karteiumfrage durchgeführt. Die Vorerhebung war notwendig, weil diese Handwerkszählung nicht nur eine Wiederholung der entsprechenden Erhebung für das Jahr 1962 darstellt, sondern auch als Teil des "Zensus im produzierenden Gewerbe für 1967" dienen soll. Das war zwar auch schon 1962 der Fall gewesen, jedoch mit dem bedeutenden Unterschied, daß die Handwerksunternehmen wirtschaftssystematisch damals nach dem Verzeichnis der handwerklichen Tätigkeiten zugeordnet wurden. Diese Systematik ist von der sogenannten Positivliste abgeleitet und mehr nach handwerklich-organisatorischen Prinzipien als nach rein wirtschaftssystematischen Gesichtspunkten ausgerichtet. Für eine widerspruchsfreie Darstellung des ganzen produzierenden Gewerbes, von dem das Handwerk einen wesentlichen Teil bildet, muß aber eine einheitliche Wirtschaftssystematik angewendet werden. Daher wurde 1968 für die Karteiumfrage im Handwerk, soweit es sich um die wirtschaftliche Zuordnung handelte, die Systematik der Wirtschaftszweige 1961 - kurz: Grundsystematik - verwendet.

Die Grundsystematik umfaßt in 10 Wirtschaftsabteilungen alle Wirtschaftszweige, von Landwirtschaft und Gartenbau angefangen über Energiewirtschaft, das ganze verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe bis hin zu den Gebietskörperschaften Bund, Länder und Gemeinden. Kombinierte Institutionen wie zum Beispiel "Zimmerei und Tischlerei" werden dabei nach dem Schwerpunkt ihrer Tätigkeit nur einem Wirtschaftszweig zugeordnet, also entweder der Zimmerei oder der Tischlerei, je nachdem, wo die meisten Beschäftigten vorhanden waren oder (ersatzweise) die meisten Arbeitsstunden geleistet wurden. Dieses Schwerpunktprinzip führt in Fällen nahezu gleichgewichtiger Kombination zu zufallsentstellten Ergebnissen, besonders bei kontinuierlichen Erhebungen dann, wenn der Schwerpunkt im Zeitablauf wechselt. Das andere Verfahren, nämlich reichlich Kombinationspositionen in der Systematik vorzusehen, hilft auch nicht viel weiter. Es läßt zwar erkennen, daß mehrere wirtschaftliche Tätigkeiten in einer Institution (Unternehmen oder Betrieb) vorkommen, aber bei der Beurteilung der Bedeutung der einzelnen Tätigkeit ist das Ergebnis womöglich noch unsicherer als bei Anwendung des Schwerpunktprinzips, wo man

wenigstens sicher weiß, daß eine Tätigkeit überwiegt und welche dies ist. Für übliche Verbindungen von wirtschaftlichen Tätigkeiten, wie zum Beispiel Herren- und Damenfriseur, ist eine den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende kombinierte Wirtschaftsklasse "Herren- und Damenfriseur" zum Unterschied vom reinen "Herren-" oder reinen "Damenfriseur" geschaffen worden.

Neben der Schwerpunktbestimmung nach der Beschäftigtenzahl - wie sie in der Karteiumfrage angewendet wurde - kann der Schwerpunkt auch nach anderen Maßstäben wie Umsatz oder Nettoproduktionswert bestimmt werden. Alle Maßstäbe haben Vor- und Nachteile; sie müssen auch im Zusammenhang mit dem jeweiligen Untersuchungszweck gesehen werden. Für den Maßstab Beschäftigte spricht unter anderem seine gute Anschaulichkeit.

Die erstmalige Anwendung der Grundsystematik in einer speziellen Handwerkszählung¹ erschwert zweifellos die rückwärts gerichteten Vergleichsbemühungen, zum Beispiel mit der Handwerkszählung 1963. Dafür wird aber die Einfügung des Handwerks in das produzierende Gewerbe und die anderen Wirtschaftsabteilungen verbessert und für die Zukunft ein entscheidender Schritt in Richtung auf eine gemeinsame systematische Basis aller Wirtschaftstatistiken unternommen. Für diese Orientierung in die Zukunft sollte die derzeitige Vergleichsstörung hingenommen werden, zumal im zweiten Teil der Handwerkszählung ausführliche Daten nach dem Verzeichnis der handwerklichen Tätigkeiten anfallen werden.

Nach den gesetzlichen Vorschriften² werden in der Karteiumfrage zur Handwerkszählung 1968 alle Unternehmen erfaßt, deren Inhaber in die Handwerksrolle eingetragen waren. Das gilt auch für handwerkliche Nebenbetriebe. Während die handwerklichen Unternehmen als Ganzes, also einschließlich etwaiger Filialen in die Erhebung einbezogen wurden, beschränkt sich der Erfassung der Nebenbetriebe nur auf

1) In der Arbeitsstättenzählung 1961 ist die wirtschaftliche Zuordnung zwar auch nach der Grundsystematik vorgenommen worden, die aber als Sekundäresultat zu betrachtende Nachweisung der "in die Handwerksrolle eingetragenen Arbeitsstätten" kann für einen zeitlichen Vergleich nur mit größten Vorbehalten benutzt werden, da dieses Merkmal nicht überprüft wurde. Auch die Erhebungseinheiten sind unterschiedlich definiert (Az.: Arbeitsstätte; Handwerkszählung: Unternehmen). Die Zahl der in die Handwerksrolle eingetragenen Arbeitsstätten ist in unterschiedlichem Ausmaß überhöht

2) Gesetz über eine Handwerkszählung 1968 vom 1. 4. 1968 BGBl. I, S. 243

einen Teil des nichthandwerklichen Unternehmens, nämlich auf den handwerklichen Nebenbetrieb. Gehört der handwerkliche Nebenbetrieb (z. B. Zimmerei eines Dachdeckers) jedoch zu einem Handwerksunternehmen, und das ist nach der Novellierung der Handwerksordnung³ möglich, dann geht der Nebenbetrieb im Unternehmen auf. Nicht erfaßt wurden die sogenannten handwerksähnlichen Tätigkeiten, die mit der oben genannten Novellierung des Handwerksrechts eingeführt worden sind. Außer Betracht bleiben ferner Hilfsbetriebe (z. B. Kraftfahrzeugreparaturwerkstatt eines Speditionsunternehmens), auch wenn der Werkstattleiter Handwerksmeister ist.

Die zur Verfügung stehenden Daten geben Auskunft über die Stellung der einzelnen Handwerkszweige im gesamten Handwerk Schleswig-Holsteins, die Verteilung der Betriebe auf die Größenklassen nach der Zahl der Beschäftigten und ihre Veränderungen sowie die regionale Entwicklung des Handwerks. Bei der Behandlung der Ergebnisse werden wir in dieser Reihenfolge vorgehen.

Von den insgesamt in der Grundsystematik vorhandenen 10 Wirtschaftsabteilungen werden vom Handwerk nur 6 beansprucht: So entfallen aus naheliegenden Gründen die Abteilungen

"Unternehmen ohne Erwerbscharakter (8)", "Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen (9)", "Banken und Versicherungen (6)", ebenso die "Land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (0)".

Von den verbleibenden 6 Wirtschaftsabteilungen, in die rund 22 300 Betriebe mit 156 800 Beschäftigten einzuordnen sind, fallen Bergbau, Energie und Wasserversorgung (1), sowie Verkehr und Nachrichtenübermittlung (5) nicht ins Gewicht; in beiden Fällen liegt der Anteil am gesamten Handwerk hinsichtlich der Betriebe und Beschäftigten unter der 1-Promillegrenze.

Es dominieren dagegen eindeutig das verarbeitende Gewerbe (2) und das Baugewerbe (3): Während 55,3% der handwerklichen Betriebe dem verarbeitenden Gewerbe zuzurechnen sind und 27,3% dem Baugewerbe, beansprucht letzteres nach der Beschäftigtenzahl mit 44,8% den ersten Platz, dicht gefolgt vom verarbeitenden Gewerbe mit 42,5%.

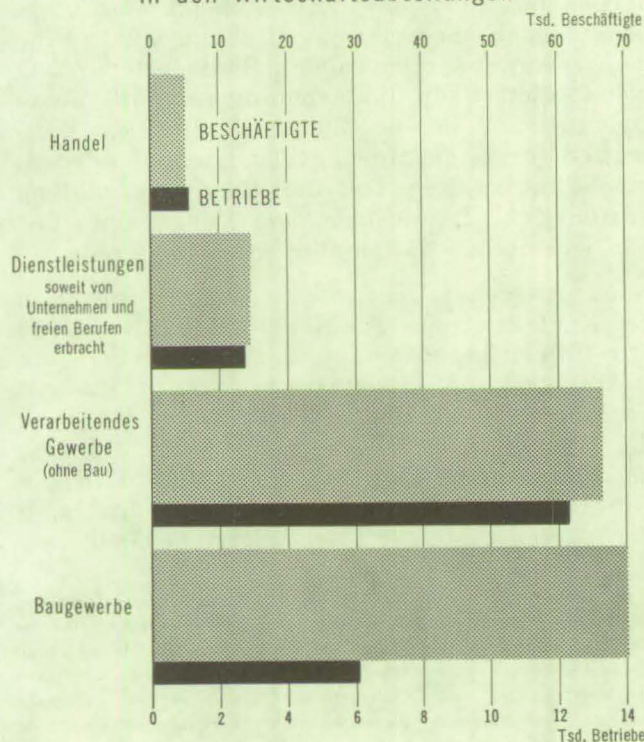
Mit deutlichem Abstand folgt der Dienstleistungssektor: Er stellt gut 12% der Betriebe und beschäftigte 9,4% der im Handwerk Tätigen. Schließlich erklärten nahezu 5% der in die Handwerksrolle eingetragenen Unternehmer, daß ihr wirtschaftlicher Schwerpunkt im Handel liege. Ihr Beschäftigtenanteil machte aber nur etwas über 3% aus.

Beachtenswert erscheint ferner, daß von den vier für das Handwerk bedeutsamen Wirtschaftsabteilungen in dreien, nämlich im verarbeitenden Gewerbe, bei den Dienstleistungen und im Handel, der Anteil der Betriebe am Gesamtbestand leicht, aber doch spürbar über den zugehörigen Beschäftigtenanteilen liegt, während das Baugewerbe im Beschäftigtenbereich einen bedeutend höheren Anteil als den Betriebsanteil besitzt; darin kommen die hohen Beschäftigtenzahlen je Betrieb im Bauhauptgewerbe zum Ausdruck, das mit fast 21 Beschäftigten je Betrieb den Mittelwert von rund 7 Beschäftigten für das gesamte Handwerk weit überschreitet.

Das Baugewerbe ist - für sich betrachtet - hinsichtlich seiner Größenstruktur auch alles andere als homogen: im Ausbaugewerbe hat der durchschnittliche Betrieb nämlich nur 6 Beschäftigte und ist damit sogar etwas kleiner als der "Durchschnittsbetrieb" im Handwerk überhaupt. Ausgesprochen große handwerkliche Betriebe findet man im Straßenbau mit durchschnittlich 59 Beschäftigten und in den Hoch- und Tiefbauunternehmen mit 52 Beschäftigten. Die ebenfalls noch zum Bauhauptgewerbe gehörenden Dachdecker haben nur 9 Beschäftigte je Betrieb, bei den Zimmereien sind es dann noch reichlich 7 Beschäftigte. In dieser Größenordnung liegen

D - 3989

DAS HANDWERK 1968 in den Wirtschaftsabteilungen



3) Gesetz zur Ordnung des Handwerks in der Fassung vom 28. 12. 1965 BGBl. I Nr. 1, S. 1

Betriebe und Beschäftigte im Handwerk (einschließlich Nebenbetriebe) 1968
in grober Wirtschaftsgliederung (alle Betriebe)

Wirtschaftsabteilung und -unterabteilung		Betriebe		Beschäftigte	
		Anzahl	%	Anzahl	%
1	Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	2	.	.	.
20	Chemische Industrie (einschließlich Kohlenwertstoffindustrie) und Mineralölverarbeitung	6	0,0	20	0,0
21	Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung	47	0,2	372	0,2
22	Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Feinkeramik und Glasgewerbe	192	0,9	1 485	0,9
23	Eisen- und NE-Metallerzeugung, Gießerei und Stahlverformung	553	2,5	2 497	1,6
24	Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau	2 669	12,0	24 530	15,6
25	Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik, Herstellung von ERM-Waren, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- und Schmuckwaren	1 045	4,7	5 802	3,7
26	Holz-, Papier- und Druckgewerbe	1 966	8,8	8 673	5,5
27	Leder-, Textil- und Bekleidungs-gewerbe	2 562	11,5	5 264	3,4
28/9	Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	3 294	14,8	17 907	11,4
2	Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	12 334	55,3	66 550	42,5
30	Bauhauptgewerbe	2 282	10,2	47 280	30,2
31	Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	3 791	17,0	22 942	14,6
3	Baugewerbe	6 073	27,3	70 222	44,8
40/1	Großhandel	84	0,4	767	0,5
42	Handelsvermittlung	40	0,2	213	0,1
43	Einzelhandel	968	4,3	4 118	2,6
4	Handel	1 092	4,9	5 098	3,3
5	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	16	.	.	.
7	Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht	2 767	12,4	14 701	9,4
1 - 7	Alle Wirtschaftsabteilungen	22 284	100	156 759	100

auch die gewichtigeren Zweige des Ausbaugewerbes, die Elektroinstallateure haben im Schnitt 8,6 Beschäftigte, die Klempner, Gas- und Wasserinstallateure 7,4. Bei den Malern und Lackierern, die von der Beschäftigtenzahl her gesehen, mehr als ein Drittel des Ausbaugewerbes darstellen, hat der Durchschnittsbetrieb nur knapp 5 Beschäftigte. Noch kleiner sind die - heute allerdings an Bedeutung verlierenden - Ofen- und Herdsetzerbetriebe, die es im Schnitt nur noch auf 2,4 Beschäftigte bringen.

Ein kurzer Blick auf die Größenstruktur des Handwerks in der Wirtschaftsabteilung 2 (Verarbeitendes Gewerbe) zeigt, daß hier die Unterschiede der Betriebsgrößen nicht die große Spannweite wie im Baugewerbe aufweisen. Der einfache Mittelwert für das Handwerk im verarbeitenden Gewerbe beträgt 5,4 Beschäftigte und erreicht damit nicht den des ganzen Handwerks. Zu den bedeutenderen Zweigen des verarbeitenden Gewerbes gehört das Kraftfahrzeughandwerk (allerdings unter Einschluß der Fahrradmechaniker und der Autolackierer, die den Durchschnitt etwas drücken

dürften) mit knapp 13 Beschäftigten je Betrieb und 20% Beschäftigtenanteil im verarbeitenden Gewerbe. Die Bäcker rangieren mit 5,6 Beschäftigten und einem Beschäftigtenanteil von 14% noch vor den Schlachtern mit einer durchschnittlichen Betriebsgröße von 5,3 Beschäftigten und einem Beschäftigtenanteil von 11%. Als "kleinbetriebliche" Wirtschaftszweige sind die Schneider (2 Beschäftigte je Betrieb) und die Schuhmacher (1,4 Beschäftigte je Betrieb) anzusprechen. Die Hersteller von Gespannfahrzeugen, das ist im wesentlichen der Rest der altehrwürdigen Stellmachereien, haben mit 1,2 Beschäftigten die kleinsten Betriebe im verarbeitenden Gewerbe. Mit 80 Betrieben und 100 Beschäftigten im ganzen Land haben sie heute fast schon historischen Charakter.

Im Dienstleistungssektor sind ungefähr 2 700 Betriebe mit mehr als 14 000 Beschäftigten tätig, im Durchschnitt ergibt das 5,3 Beschäftigte je Betrieb. Schwerpunkt ist hier das Friseur-gewerbe mit über 2 000 Betrieben und 8 500 Beschäftigten, das sind 3,7 Beschäftigte je Betrieb.

Betriebe¹ und Beschäftigte in ausgewählten Wirtschaftsklassen

Wirtschaftsklasse	Betriebe am 31. 3. 1968		Beschäftigte am 31. 3. 1968		Be- schäftigte je Betrieb ²
	Insgesamt	darunter Betriebe, die das ganze Jahr 1967 bestanden haben	In allen Betrieben	darunter Betriebe, die das ganze Jahr 1967 bestanden haben	
Hoch- und Ingenieurhochbau	1 246	1 189	27 790	27 031	23
Reparatur von Kraftfahrzeugen und Fahrrädern, Lackierung von Straßenfahrzeugen	1 109	1 034	13 685	13 270	13
Herstellung von Backwaren	1 673	1 648	9 490	9 268	6
Friseurgewerbe ³	2 095	2 009	8 545	8 306	4
Maler- und Lackierergewerbe, Tapetenkleberei	1 749	1 692	8 403	8 294	5
Fleischverarbeitung (ohne Talgschmelzen und Schmalzsiedereien)	1 419	1 386	7 513	7 367	5
Hoch-, Tief- und Ingenieurbau (ohne ausgeprägten Schwerpunkt)	130	127	6 638	6 616	52
Elektroinstallation	784	752	6 539	6 442	9
Klempnerei, Gas- und Wasserinstallation	690	666	5 007	4 934	7
Herstellung von Bauelementen und Serienfertigung von Bauten aus Holz, Bautischlerei	946	925	4 952	4 860	5
Tief- und Ingenieurtiefbau (ohne Straßenbau)	84	78	4 238	4 058	52
Summe der ausgewählten Wirtschaftsklassen	11 925	11 506	102 800	100 446	9
Alle Wirtschaftsabteilungen	22 284	21 602	156 759	153 348	7

1) alle Betriebe (einschließlich Nebenbetriebe)

2) bezogen auf Betriebe, die das ganze Jahr 1967 bestanden haben

3) Herren-, Damen- sowie Herren- und Damenfriseur

Innerhalb des Friseurgewerbes sind die kombinierten Betriebe "Damen- und Herrenfriseur" vorherrschend. Sie machen nahezu die Hälfte aller Friseurbetriebe aus und sind auch im Durchschnitt etwas größer (5,1 Beschäftigte je Betrieb) als die reinen Damenfriseure mit durchschnittlich 4,7 Beschäftigten. Weit unter diesen Werten liegen die reinen Herrenfriseure, die man mit 1,4 Beschäftigten je Betrieb schon fast als Einmannbetrieb ansehen kann. Nach der Betriebszahl steht das zusammengefaßte Friseurgewerbe, bestehend aus den Zweigen Damen- und Herrenfriseure, (reine) Damenfriseure und (reine) Herrenfriseure an der Spitze des schleswig-holsteinischen Handwerks, mit deutlichem Abstand vor den Malern und Lackierern mit 1 700 Betrieben und den Bäckern mit gut 1 600 Betrieben. Legt man jedoch die Zahl der Beschäftigten für die Rangfolge zugrunde, dann nehmen die im Hochbau tätigen Handwerker (das sind im wesentlichen Maurer) mit 28 000 Beschäftigten den ersten Platz ein. Es folgen die Kraftfahrzeugreparaturbetriebe mit über 13 000 Beschäftigten. Auf den dritten Platz kommen die Bäcker (9 500 tätige Personen). Die Maler und Lackierer mit etwas weniger als 8 500 Beschäftigten liegen an vierter Stelle noch vor den Schlachtern mit 7 500 Beschäftigten. Aus dem Dienstleistungshandwerk müssen noch die "Reinigungshandwerke" erwähnt werden. Sie gehören zwar nach der Zahl der Betriebe zu den schwach besetzten Wirtschaftszweigen, es

sind aber hier überdurchschnittlich große Betriebseinheiten vorhanden; in der Gebäudereinigung hat der Durchschnittsbetrieb über 50 Beschäftigte, im Wirtschaftszweig "Wäscherei, Chem. Reinigung, Bekleidungs-Färberei" sind es 16 Beschäftigte je Betrieb. Zu dem hohen Wert der Betriebsgröße in der Gebäudereinigung muß allerdings einschränkend bemerkt werden, daß in dieser Branche ein nicht geringer Anteil teilbeschäftigter Arbeitskräfte die Vergleichbarkeit mit anderen Branchenbeeinflusst haben könnte. Kleinbetriebliche Struktur hat dagegen das Schornsteinfegergewerbe mit 1,8 Beschäftigten je Betrieb. Die Schornsteinfeger werden deshalb besonders angesprochen, weil es sich hier um ein Dienstleistungshandwerk gewissermaßen in "Reinkultur" handelt.

Größenklassen im Handwerk

In den knapp 5 Jahren, die zwischen den Erhebungsstichtagen 31. 5. 1963 und 31. 3. 1968 lagen, verminderte sich die Zahl der handwerklichen Betriebe um 1 900 oder um 7,9% des Bestandes von 1963. Da die Beschäftigtenzahl im selben Zeitraum um nur 3,6% oder um 5 800 Personen zurückging, ergibt sich insgesamt die Tendenz zur Erhöhung der Beschäftigtenzahl je Betrieb.

Auch wenn die Verminderung des Betriebsbestandes ausschließlich bei den "kleineren"

Betriebe (einschließlich Nebenbetriebe) und Beschäftigte nach Größenklassen

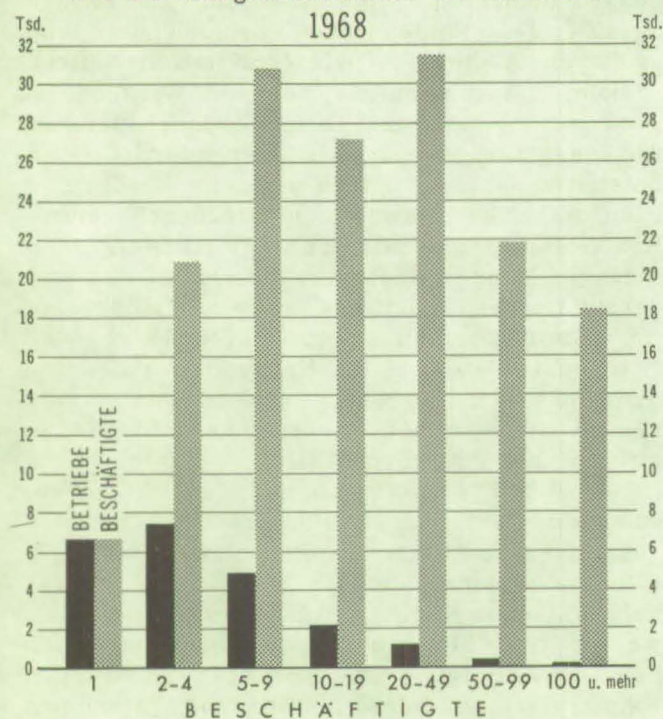
Beschäftigten- größenklasse	Betriebe am			Beschäftigte am		
	31. 5. 1963	31. 3. 1968	Veränderung in %	31. 5. 1963	31. 3. 1968	Veränderung in %
1 - 9	20 759	18 729	- 9,8	65 743	58 026	- 11,7
10 - 19	2 044	2 061	+ 0,8	27 515	27 150	- 1,3
20 - 49	980	1 064	+ 8,6	29 701	31 433	+ 5,8
50 - 99	310	323	+ 4,2	21 277	21 809	+ 2,5
100 und mehr	100	107	+ 7,0	18 321	18 341	+ 0,1
Insgesamt	24 193	22 284	- 7,9	162 557	156 759	- 3,6

Handwerksbetrieben mit 1 - 9 Beschäftigten eingetreten ist, bleibt doch für das Handwerk im ganzen gesehen die vorwiegend kleinbetriebliche Struktur charakteristisch. Mehr als ein Drittel aller im Handwerk tätigen Personen findet in kleinen Betriebsgemeinschaften seinen Arbeitsplatz. Die 18 700 kleineren Betriebe stellen 84% des überhaupt ermittelten Bestandes dar. Die gut 100 handwerklichen Großbetriebe (100 und mehr Beschäftigte) sind von 1963 bis 1968 hinsichtlich der Beschäftigtenzahl am schwächsten gewachsen. Mit durchschnittlich 170 Beschäftigten je Betrieb sind sie nur etwa halb so groß wie die schleswig-holsteinischen Industriebetriebe in der entsprechenden Beschäftigtengrößenklasse, von denen es Ende September 1967 ungefähr 350 Betriebe mit rd. 133 000 Beschäftigten gab. Aus der nachstehenden Übersicht geht die unterschiedliche Verteilung der Betriebe und Beschäftigten auf

die einzelnen Größenklassen in den hauptsächlich besetzten Wirtschaftsabteilungen hervor.

Die vielen Kleinbetriebe im Handwerk mögen in mancher Beziehung als Nachteil anzusehen sein, wenn man z. B. an moderne Methoden der Unternehmensführung wie Produkt- und Absatzplanung denkt, die von einem "Einmannbetrieb" wohl kaum zu realisieren sind. Hier werden jedoch zunehmend mannigfaltige Formen der Kooperation zum Ausgleich dieser Nachteile angewendet. Als Vorteil des Kleinbetriebs kann man demgegenüber seine schnelle Reaktionsfähigkeit auf Änderungen der Wirtschaftslage ansehen. Da der kleine Betrieb normalerweise nur einen kleinen ökonomischen und geographischen Aktionsradius braucht, in dem er sich bewegt und den er - ausreichende technische und ökonomische Qualifikation des handwerklichen Unternehmers vorausgesetzt - leicht überschauen kann, ist er durch eine einzelne Fehlentscheidung auch weniger gefährdet als sein großer Kollege von der Industrie.

D - 3990 Die Betriebsgrößenstruktur im Handwerk



Größenklasse nach der Beschäftigtenzahl je Betrieb	Wirtschaftsabteilung			Alle Wirt- schafts- abtei- lungen
	Ver- arbei- tendes Gewerbe	Bau- gewerbe	Dienst- lei- stungen	
Betriebe insgesamt	12 334	6 073	2 767	22 284
davon	- % -			
1 - 9	88,0	71,2	92,5	84,0
10 - 19	7,4	15,4	5,1	9,2
20 - 49	3,6	8,9	1,7	4,8
50 - 99	0,9	3,3	0,5	1,4
100 und mehr	0,1	1,3	0,3	0,5
Beschäftigte insgesamt	66 550	70 222	14 701	156 759
davon	- % -			
1 - 9	47,6	21,8	55,9	37,0
10 - 19	18,0	17,8	11,8	17,3
20 - 49	19,7	22,9	9,1	20,1
50 - 99	10,5	19,3	6,2	13,9
100 und mehr	4,3	18,2	17,0	11,7

Betriebe und Beschäftigte nach Kreisen

Betrachtet man die Entwicklung der Betriebs- und Beschäftigtenzahlen innerhalb der einzelnen

Kreise Schleswig-Holsteins, so fällt zunächst auf, daß die Zahl der Betriebe in allen Kreisen zurückgegangen ist, während die Beschäftigtenzahlen in vier Kreisen stiegen, und zwar besonders stark im Hzgt. Lauenburg und in Segeberg, die beide im Umkreis von Hamburg liegen.

Darüber hinaus ist bemerkenswert, daß das Handwerk in den Kreisen Flensburg-Land, Pinneberg, Plön und Steinburg die allgemeine Tendenz zur Vergrößerung der Betriebe nicht mitgemacht hat, sondern hier eine - wenn auch z. T. geringfügige - Verringerung der Beschäftigtenzahl je Betrieb eingetreten ist. Diese Entwicklung ist möglicherweise auf eine Veränderung der Struktur der Handwerkszweige zurückzuführen. Unter regionalen Gesichtspunkten ist außerdem festzustellen, daß die Handwerksbetriebe in den kreisfreien Städten mit 9 Beschäftigten je Betrieb um etwa die Hälfte größer sind als in den Landkreisen mit 6 Beschäftigten. Dieser Größenunterschied war auch bereits 1963 vorhanden. Dafür lassen sich mehrere Erklärungen finden. Die überdurchschnittlich großen Betriebe des Hochbaues konzentrieren sich in den kreisfreien Städten, weil dort in der Regel die Bauvorhaben größer sind als auf dem flachen Lande. Man muß dabei - um eine Möglichkeit anzuführen - an die rege Wohnungsbautätigkeit nicht nur in den Städten selbst, sondern auch in ihrem unmittelbaren Umland denken. Die Betriebe haben zwar ihren Unternehmenssitz in der Stadt, reichen aber mit ihrer wirtschaftlichen Aktivität über die administrative Grenze der Stadt hinaus. Als weitere Erklärungsmöglichkeit bietet sich der auch das Handwerk nicht verschonende Strukturwandel an. Betriebe in schrumpfenden Handwerkszweigen wie Stellmacher, Böttcher, Schuhmacher, Schneider werden auf dem Lande häufiger als "Einmannbetriebe" weitergeführt als in der Stadt, weil der Übergang in eine adäquate abhängige Stellung am Ort nicht zu finden ist. Bei älteren Handwerkern ist oft der Handwerksbetrieb auch nicht mehr die Haupterwerbsquelle. Sie haben noch weitere Einkünfte, z. B. aus einer kleinen Landwirtschaft oder in Fremdenverkehrsgebieten aus der Zimmervermietung. Ein Teil ist auch schon Rentner. Der einmal eingerichtete Betrieb bleibt aber bestehen (aus Tradition, als Hobby).

Handwerksdichte

Neben der auf die Betriebsgröße bezogenen Betrachtungsweise ist eine andere möglich, die von der Verteilung der Beschäftigten im Wirtschaftsraum ausgeht. Hinter dieser Betrachtungsweise stehen u. a. Überlegungen

zur Versorgung der Bevölkerung mit handwerklichen Gütern und insbesondere Dienstleistungen. Mit einem Blick auf die letzten beiden Spalten der Kreistabelle sieht man, daß die Handwerksdichte - gemessen an der Zahl der im Handwerk tätigen Personen je 1 000 Einwohner - in den einzelnen Kreisen viel gleichmäßiger ist als die zum Vergleich herangezogene Industriedichte. Von dem für das Land ermittelten Wert von 63 Handwerksbeschäftigten je 1 000 Einwohner entfernt sich die Stadt Flensburg mit 85 bemerkenswert vom Landesdurchschnitt. Doch das hat besondere Gründe, die später noch zu erörtern sind. Die schwächste Besetzung mit 50 Handwerksbeschäftigten auf 1 000 Einwohner hat der Landkreis Stormarn. Die Industriedichte schwankt dagegen erheblich, und zwar zwischen 138 in Neumünster und 12 im Landkreis Flensburg bei einem Landesdurchschnitt von 68 Industriebeschäftigten je 1 000 Einwohner.

Es fällt weiterhin auf, daß die Landkreise Südtondern, Norderdithmarschen, Schleswig und Oldenburg in Holstein mit 70 bis 72 Handwerksbeschäftigten deutlich stärker handwerklich durchsetzt sind als die übrigen Landkreise. Diese Tatsache geht einher mit einem sehr niedrigen Industriebesatz von 14 bis 33 Industriebeschäftigten je 1 000 Einwohner in den genannten vier Landkreisen. Daraus den Schluß zu ziehen, das hohe Handwerksdichte zu geringem Industriebesatz führt (oder umgekehrt) ist aber nicht ohne weiteres zulässig. Hier spielt nicht nur die regionale Wirtschaftsstruktur eine Rolle (angedeutet durch vorwiegend landwirtschaftliche Erwerbsquellen), sondern die überregionalen Wirtschafts- und Verkehrsbeziehungen müssen in die Betrachtung einbezogen werden. Das Fehlen oder Vorhandensein von größeren Städten, die wie Gravitationszentren wirken, ist ein Faktor, dessen Wirkung so groß sein kann, daß bei ungefähr gleicher Ausgangslage ein völlig verändertes Bild entstehen kann. So haben z. B. die Landkreise Plön und Eckernförde einen unterdurchschnittlichen Industriebesatz und gleichzeitig eine geringe Handwerksdichte (53 bis 54), was darauf beruhen dürfte, daß beide Landkreise im Einflußbereich der Städte Kiel und Neumünster liegen. Im Kreis Segeberg sind demgegenüber Handwerks- und Industriedichte nahezu ausgeglichen. Auch wenn beide Kennziffern unterdurchschnittliche Werte haben (52 bzw. 50), so ist doch nicht zu verkennen, daß zumindest der südliche Teil des Kreises schon in den Ausstrahlungsbereich des Wirtschaftszentrums Hamburg und der schleswig-holsteinischen Kreise um Hamburg gelangt ist, worauf der für einen Landkreis erfreulich hohe Industriebesatz hindeutet. Von den Randkreisen Steinburg, Pinneberg, Stormarn

Das Handwerk in den Kreisen 1968
(alle Betriebe)

KREISFREIE STADT Kreis	Betriebe		Beschäftigte		Beschäftigte je Betrieb		Beschäftigte je 1 000 Einwohner	
	am 31.3.1968	Veränderung gegen 31.5.1963 in %	am 31.3.1968	Veränderung gegen 31.5.1963 in %	31.5.1963	31.3.1968	im Handwerk	in der Industrie ¹ am 31.3.1968
FLensburg	825	- 13	8 151	- 5	9	10	85	69
KIEL	1 791	- 10	18 024	- 4	9	10	67	113
LÜBECK	1 848	- 9	15 827	- 7	8	9	65	128
NEUMÜNSTER	599	- 8	5 568	- 6	9	9	76	138
Kreisfreie Städte	5 063	- 10	47 570	- 6	9	9	70	115
Eckernförde	587	- 10	3 973	- 2	6	7	54	25
Eiderstedt	259	- 13	1 295	- 4	5	5	65	21
Eutin	907	- 10	5 859	- 5	6	6	62	39
Flensburg-Land	736	- 5	3 801	- 5	5	5	52	12
Hzgt. Lauenburg	1 269	- 7	9 078	+ 8	6	7	64	58
Husum	721	- 11	4 259	- 3	5	6	64	19
Norderdithmarschen	782	- 10	4 331	- 8	5	6	70	24
Oldenburg in Holstein	731	- 12	5 996	- 6	8	8	70	17
Pinneberg	2 115	- 0,4	14 907	- 3	7	7	57	94
Plön	963	- 5	6 202	- 8	7	6	53	22
Rendsburg	1 425	- 11	10 319	- 1	7	7	62	53
Schleswig	1 152	- 9	7 251	+ 0,1	6	6	72	33
Segeberg	1 087	- 4	5 803	+ 4	5	5	52	50
Steinburg	1 335	- 6	7 615	- 9	6	6	59	80
Stormarn	1 370	- 0,2	8 774	+ 1	6	6	50	80
Süderdithmarschen	976	- 13	4 639	- 6	4	5	63	56
Südtondern	806	- 9	5 087	- 5	6	6	72	14
Kreise	17 221	- 7	109 189	- 3	6	6	60	51
Schleswig-Holstein	22 284	- 8	156 759	- 4	7	7	63	68
dagegen Bundesgebiet	626 302	- 9	3 873 901	- 5	6	6	65	129

1) Industrie: nur Betriebe mit im allgemeinen über 10 Beschäftigten

und Hzgt. Lauenburg einmal abgesehen, deren Industrialisierungsbereits weiter fortgeschritten ist, hat nämlich lediglich der Landkreis Rendsburg einen - wenn man allein von der Kennziffer Industriebeschäftigte je 1 000 Einwohner ausgeht - etwas besseren Industrialisierungsgrad als der Kreis Segeberg. Der Kreis Süderdithmarschen kann hier wegen seiner einseitigen Industriestruktur außer Betracht bleiben. Bei hohem Industriebesatz (80) hat der Kreis Stormarn die geringste Handwerksdichte (50) im Lande aufzuweisen. Wenn man sich die wirtschaftsräumliche Lage dieses Kreises zwischen den beiden Gravitationszentren Hamburg und Lübeck vor Augen führt, und überdies weiß, daß die bisher einzige in Betrieb befindliche Bundesautobahn im Lande - mit hinreichenden Abfahrten - mitten durch den Kreis führt, dann dürfte eine Erklärung der niedrigen Handwerksdichte nicht schwerfallen. Einmal ist das reichhaltigere Angebot an handwerklichen Gütern und Dienstleistungen sowohl in Lübeck als auch in Hamburg in einer halben Autostunde zu erreichen, was die wirtschaftlichen Betätigungen des ansässigen Handwerks einschränkt. Zum ändern erleichtert und beschleunigt ein

verhältnismäßig großes Angebot an industriellen Arbeitsmöglichkeiten den Übergang aus einer schrumpfenden - also auch mit schlechteren Einkommenschancen versehenen - handwerklichen Beschäftigung in eine als aussichtsreicher, d. h. mit besseren Einkommenschancen und Aufstiegsmöglichkeiten ausgestattete industrielle Tätigkeit.

Etwas anders liegen die Dinge im Flensburger Raum. Es ist schon erwähnt worden, daß die Stadt Flensburg mit 85 Handwerksbeschäftigten je 1 000 Einwohner die höchste Handwerksdichte im Lande hat; der umliegende Landkreis dagegen eine unterdurchschnittliche Besetzung (52). Die ländlichen Betriebe sind im Schnitt auch nur halb so groß wie die städtischen. Die Industriedichte in der Stadt Flensburg entspricht zwar dem Landesdurchschnitt, bleibt aber beträchtlich unter der der übrigen kreisfreien Städte, sie ist z. B. nur ungefähr halb so groß wie in Neumünster.

Im Kreis Flensburg-Land ist der Industriebesatz mit 12 Beschäftigten je 1 000 Einwohner am schwächsten in ganz Schleswig-Holstein. Auch der benachbarte Kreis Südtondern steht mit 14 Industriebeschäftigten nicht viel besser

da. In diesem industriell schwachen Gebiet hat die Stadt Flensburg eine verhältnismäßig bedeutende Stellung als Wirtschaftszentrum. Sie bietet nicht nur für über 7 000 Menschen Beschäftigung in der Industrie, sondern u. a. auch noch für mehr als 8 000 im Handwerk. Dabei sind die handwerklichen Dienstleistungen (z. B. Friseure, Wäscherei und Reinigung) mit dem hohen Anteil an den Handwerksbeschäftigten von fast 14% (im Landesdurchschnitt gut 9%) besonders stark vertreten, was die zentrale Funktion von Flensburg unterstreicht. Die Bevölkerung der Stadt und des umgebenden Landkreises wird einerseits hinsichtlich vieler Güter und Dienstleistungen von der "zentralen" Stadt mitversorgt, andererseits bietet diese der ländlichen Bevölkerung Erwerbsmöglichkeiten.

Faßt man den Flensburger Raum (also Stadt und Landkreis Flensburg) zusammen, dann ergibt sich eine über dem Landesdurchschnitt liegende Handwerksdichte von 71 Handwerksbeschäftigten. Die "Industrieschwäche" - 44 Industriebeschäftigte je 1 000 Einwohner - bleibt zwar auch für den gesamten Flensburger Raum bestehen, es zeigt sich an diesem Beispiel aber auch ganz deutlich, daß überkommene administrative Abgrenzungen von gestern immer weniger den wirtschaftsräumlichen Realitäten von heute entsprechen.

Dipl.-Volksw. Siegfried Schwarz

Vergleiche auch: "Strukturveränderung im schleswig-holsteinischen Handwerk" in Stat. Monatsh. S.-H. 1965, S. 136 (Juni) und "Betriebe und Beschäftigte im Handwerk - Erste Ergebnisse der Handwerkszählung 1968" in Wirtschaft und Statistik 1968, S. 579 (Dezember)

Die Hackfrucht- und Gemüsernte 1968

1968 waren gut 78 000 ha in Schleswig-Holstein mit Hackfrüchten oder Gemüse bestellt, das sind 7% der landwirtschaftlichen Nutzfläche und 12% der Ackerfläche. Von den 78 000 ha wiederum entfielen je 14 000 ha auf Kartoffeln und Zuckerrüben, je etwa 20 000 ha auf Runkelrüben und Kohlrüben, 1 200 ha auf Futterkohl und sonstige Hackfrüchte sowie 8 900 ha auf Gemüse, Erdbeeren und Zierpflanzen.

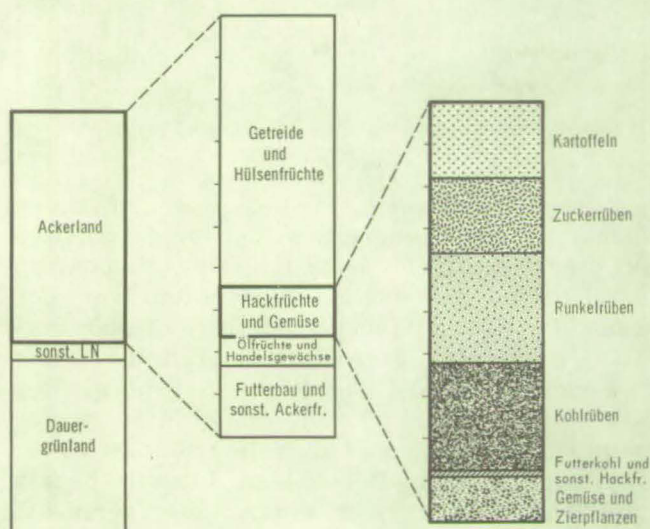
Kartoffeln

wurden 1968 nur noch knapp 14 000 ha angebaut, 21% weniger als 1967 und 39% weniger als im Durchschnitt der vorhergehenden sechs Jahre. Dabei nahm die Frühkartoffelanbaufläche ganz besonders stark ab. Für diesen weiteren Rückgang gibt es betriebswirtschaftliche und marktwirtschaftliche Gründe. Die betriebswirtschaftlichen Gründe sind der hohe Handarbeitsaufwand, die der Kartoffelbau nach wie vor verursacht, nicht nur in der Bestellung und der Ernte, sondern insbesondere auch bei der Lagerung und Aufbereitung. Auch die Anwendung von Vollerntemaschinen und der überbetriebliche Einsatz von Großsortieranlagen lassen immer noch erhebliche Handarbeit nach. Arbeitskräfte sind aber nicht nur teuer, sondern auch sehr knapp geworden, so daß die Betriebe soweit wie möglich auf arbeitsexensive Ackerfrüchte übergehen. Einige Betriebe bauen auch statt Kartoffeln Zuckerrüben an, die höhere Überschüsse bei sicherem Absatz und Preisen bieten.

Ganz besonders die unzureichenden Preise und die unsichere Absatzlage der Kartoffeln in den

Anteile und Zusammensetzung der Hackfruchtfläche 1968

D - 3995



Anbau, Ertrag und Ernte von Kartoffeln

	Jahr	Frühkartoffeln	Mittelfrühe Kartoffeln	Spätkartoffeln	Kartoffeln insgesamt
Anbau in 1 000 ha	1966	1,6	10,8	6,4	18,9
	1967	1,6	10,2	5,8	17,6
	1968	0,9	8,4	4,6	13,9
Ertrag ¹ in dz/ha	1966	187	249		244
	1967	216	300		292
	1968	208	289		284
Ernte in 1 000 t	1966	31	429		459
	1967	34	481		515
	1968	19	376		396

1) Ergebnisse der Erntemessungen

vergangenen Jahren haben viele Betriebe dazu gebracht, den Kartoffelanbau einzuschränken oder aufzugeben.

Betriebe, die nicht auf den Zuckerrübenanbau übergehen konnten, haben, soweit noch vorhanden, ihre Arbeitskraftreserven lieber in der verstärkten Veredlungswirtschaft, insbesondere in der Milchproduktion, Schweinehaltung oder vereinzelt auch in der Legehennenhaltung oder Junggeflügelmast eingesetzt.

Die Hektarerträge der Kartoffeln erreichten 1968 zwar nicht die Höhe des Vorjahres, lagen jedoch um 11% bei Frühkartoffeln und um 8% bei mittelfrühen und Spätkartoffeln über dem mehrjährigen Durchschnitt.

Die Gesamternten lagen bei Frühkartoffeln mit weniger als 20 000 t um 42% unter der Vorjahresernte und bei mittelfrühen und Spätkartoffeln mit 376 000 t um 22% niedriger als 1967.

Zuckerrüben

wurden 1968 in etwa gleichem Umfang angebaut wie im Vorjahr. Die vorhandene Bereitschaft der Landwirte, den Zuckerrübenanbau auszudehnen, wird seit einigen Jahren wegen der Bedarfsdeckung an Zucker und der bereits vorhandenen Lagerbestände durch Kontingentierung der Rübenabnahme der Zuckerfabriken zurückgehalten. Im Einzugsbereich der Zuckerfabrik Schleswig werden nur den Aktionären der Zucker-AG Zuckerrüben abgenommen und zwar eine vorgeschriebene Menge je Aktie.

Die Hektarerträge der Zuckerrüben lagen mit 387 dz im Landesdurchschnitt noch etwas höher als 1967, so daß die Gesamternte um etwa 2 000 t höher ausfiel als im Vorjahr. Dagegen ließen die Zuckergehalte im allgemeinen zu wünschen übrig.

Anbau, Ertrag und Ernte von Rüben

	Jahr	Zuckerrüben	Runkelrüben	Kohlrüben
Anbau in 1 000 ha	1966	14,5	20,0	17,5
	1967	14,3	20,1	19,2
	1968	13,8	20,2	20,4
Ertrag in dz/ha	1966	359 ^a	991 ^b	809 ^b
	1967	374 ^a	1 075 ^b	786 ^b
	1968	387 ^a	1 019 ^b	669 ^b
Ernte in 1 000 t	1966	521	1 986	1 414
	1967	533	2 161	1 511
	1968	535	2 059	1 365

a) Ergebnisse von Schätzungen der Berichterstatter

b) Ergebnisse der Erntemessungen

Der Futterhackfruchtanbau

ist während der letzten 4 bis 5 Jahre nicht mehr wesentlich eingeschränkt worden wie

noch in den Jahren davor. Durch die Entwicklung sehr gut funktionierender Vollerntemaschinen konnte die Runkel- und Kohlrüben-ernte wesentlich von Handarbeit befreit werden und damit auch für Betriebe mit geringem Arbeitskräftebesatz wieder interessant werden. Zumal für die Runkel- und Kohlrüben-ernte gibt es heute auch recht preiswerte Maschinen. Da viele Betriebe heute mit sehr leistungsfähigen Ackerschleppern und mit Be- und Entladegeräten ausgerüstet sind, verlieren auch die früher höchst aufwendigen Transporte der großen Erntemassen an Bedeutung.

In vielen Betrieben ist die Runkelrübe oder die Kohlrübe nach Aufgabe der Kartoffel die einzige Hackfrucht. Sie bekommt besonders auf der Geest eine große Bedeutung wegen ihrer günstigen Wirkungen auf das nachfolgende Getreide innerhalb der Fruchtfolge, vor allem, da kein Raps angebaut werden kann, der auf dem besseren Boden des Hügellandes und der Marsch häufig die einzige Blattfrucht darstellt. Nicht zuletzt sind es aber doch die hohen Hektarerträge der Runkelrüben und der Kohlrüben besonders bei unserem niederschlagsreichen, kühlen maritimen Klima, die diese Hackfrüchte für viele Betriebe interessant erscheinen lassen.

Erst die Ergebnisse der Erntemessungen, die seit 1968 auch bei Runkel- und Kohlrüben Grundlage der amtlichen Ertrags- und Ernteberechnungen wurden, lassen diese Früchte im richtigen Licht erscheinen. Zwar wurden aus Versuchsergebnissen der Wissenschaft, der Beratung und der Züchter seit langem Erträge in ähnlichen Größenordnungen bekanntgegeben, in der amtlichen Agrarstatistik wurden dagegen bis 1967 noch die Schätzungen der Ernteberichterstatter verwendet, die um 30 bis 40% unter den wirklichen Ergebnissen lagen.

Die Runkelrüben-erträge lagen 1968 mit gut 1 000 dz/ha etwas niedriger als im Vorjahr, so daß auch die Gesamternte etwas unter der Vorjahresernte blieb.

Unbefriedigend waren vielerorts die Kohlrüben-erträge. Im Landesmittel wurden nur 670 dz/ha, 15% weniger als 1967, geerntet. Trotz größerer Anbaufläche errechnet sich damit eine gegenüber 1967 um 10% kleinere Gesamternte.

Gemüse

wurde 1968 erheblich im Anbau eingeschränkt. Das gilt für fast alle Feldgemüsearten, insbesondere für Früh- und Herbstweißkohl, für Rotkohl, für Buschbohnen und für Frisch-erbsen. Nach mehreren Jahren unzureichender Preise und Absatzschwierigkeiten war der

DIE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG IN SCHLESWIG-HOLSTEIN 1964-1968

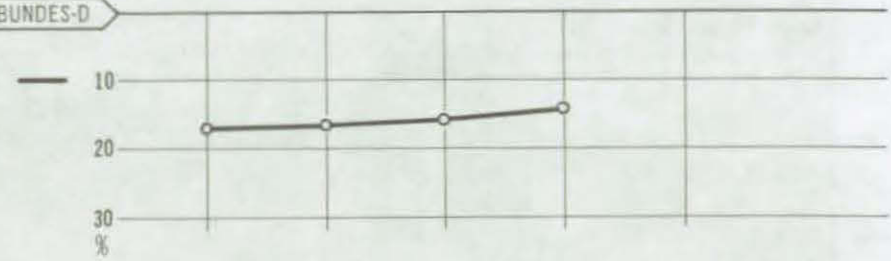
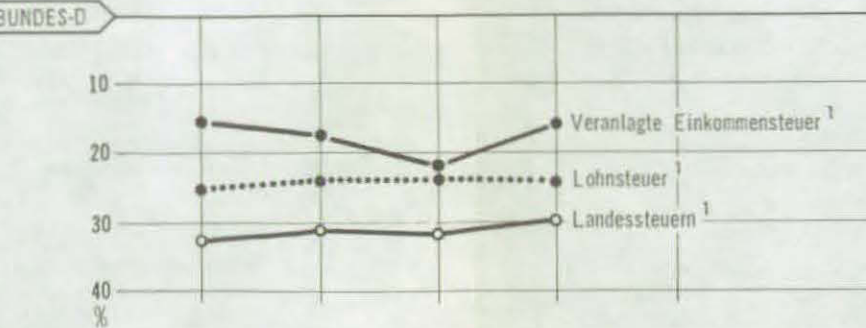
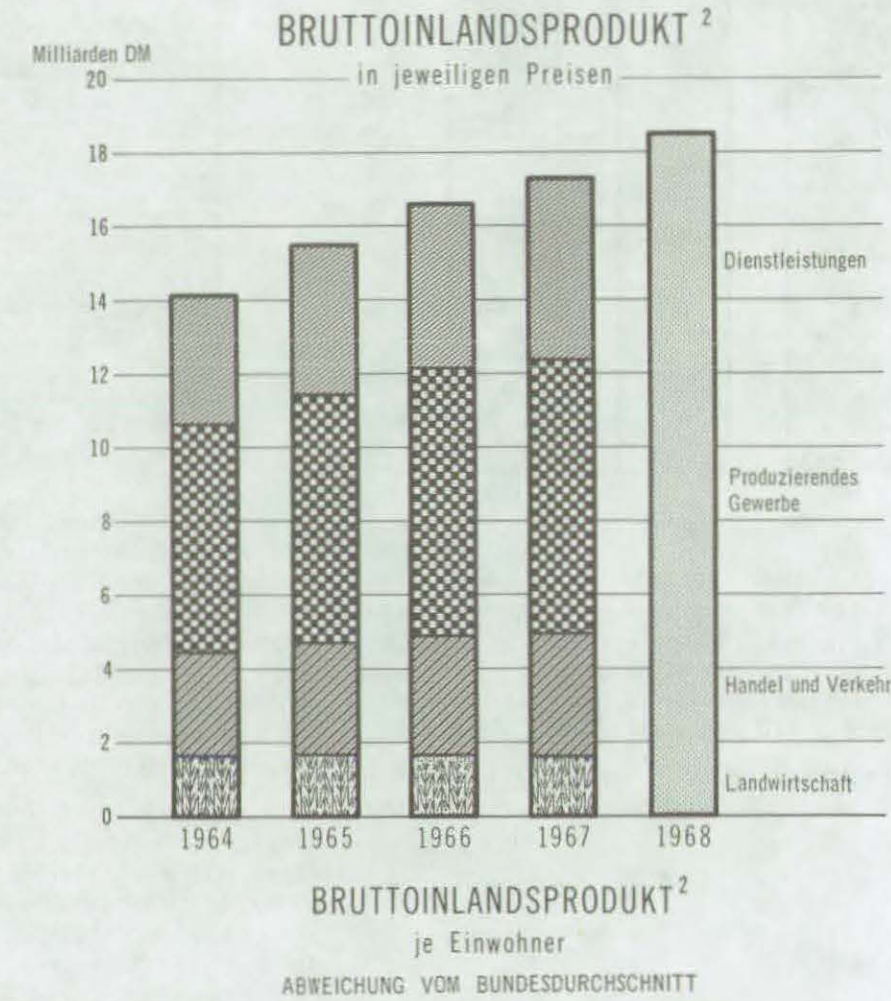
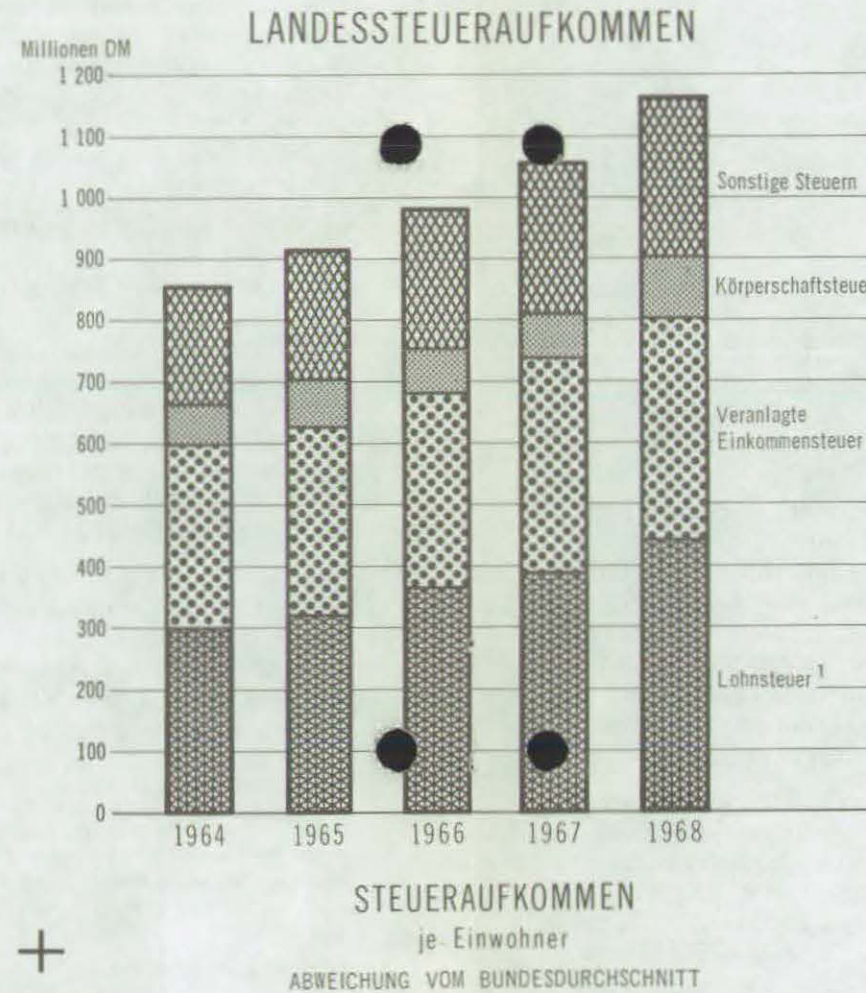
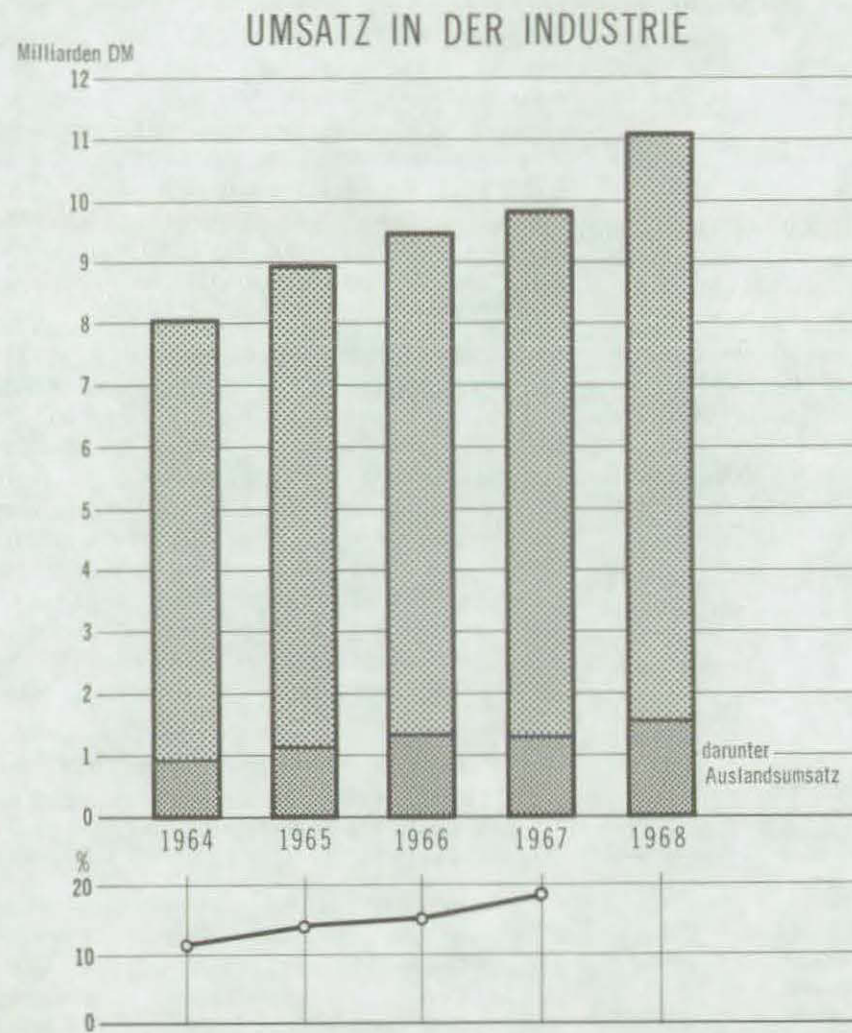
Diese Grafik wird schon jetzt veröffentlicht, obwohl die für den Bundesvergleich nötigen Zahlen für 1968 noch nicht vorliegen, weil so früh wie möglich die Periode geschlossen dargestellt werden soll, in der die wirtschaftliche Rezession lag. Die ausgewählten statistischen Daten - Industrieumsatz, Landessteueraufkommen und Bruttoinlandsprodukt - sind Globalindikatoren. Sie bringen wie in einem Brennglas die wirtschaftliche Entwicklung gesammelt zum Ausdruck, die auch an einer Vielzahl von einzelnen Indikatoren beobachtet werden könnte. Teilweise auf diesen Effekt der Zusammenfassung ist es zurückzuführen, daß der unbefangene Betrachter die Rezession der Konjunktur im Jahre 1967 in den Säulen dieser Grafik nur andeutungsweise findet.

Der Industrieumsatz steigt Jahr für Jahr; darin muß allerdings nicht unbedingt ein Produktionszuwachs zum Ausdruck kommen, denn auch

steigende Preise allein können dasselbe bewirken. Nun ist aber der Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte 1967 sogar niedriger gewesen als 1966, so daß die höhere Säule 1967 doch für einen mengenbedingten Umsatzzuwachs steht. Lediglich der Auslandsumsatz ist 1967 geringfügig schwächer gewesen als 1966.

Das Landessteueraufkommen ist nicht nur stetig weiter gestiegen, sondern zeigte 1967 und 1968 sogar jeweils höhere Zuwachsraten als 1965 und 1966. Das ist bei der starken Einkommensabhängigkeit des Landessteueraufkommens und bei der Konstruktion des Steuertarifs an sich auch so zu erwarten, jedoch hätte ein nachhaltiger Beschäftigungsrückgang infolge der Rezession diese Wirkung aufheben können. Fortgesetzt hat sich bis 1968 die Überflügelung des Aufkommens an Einkommensteuer durch das an Lohnsteuer.

Beim Bruttoinlandsprodukt schließlich ist doch 1967 eine kleine Abschwächung des Wachstums zu erkennen, die offenbar allein im produzierenden Gewerbe entstanden ist. Die Summe der anderen Bundesländer ist aber jedenfalls stärker vom Konjunkturrückgang betroffen worden, denn Schleswig-Holstein lag 1967 im Bruttoinlandsprodukt je Einwohner weniger tief unter dem Bundesdurchschnitt als zuvor.

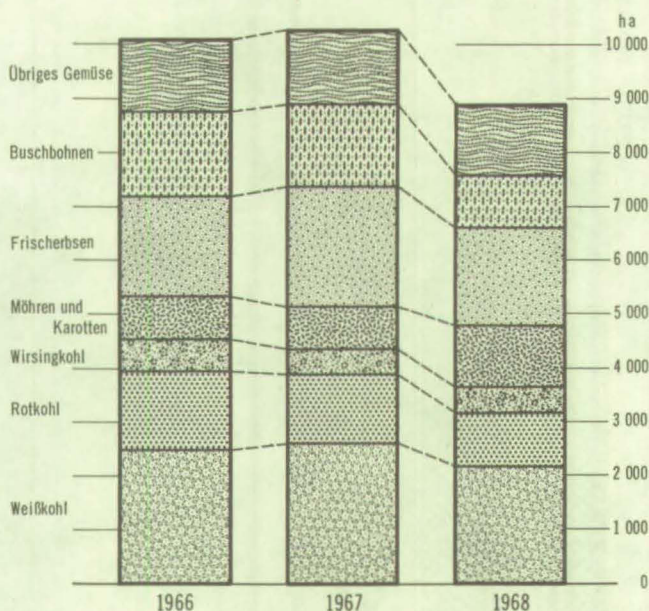


1) ohne Bundesanteil
2) 1966 und 1967 vorläufige Ergebnisse, 1968 erstes vorläufiges Ergebnis, noch ohne Angaben für die 4 Bereiche

Rückgang im Kopfkohlanbau zu erwarten. Die Ursache der Einschränkungen im Frischerb- und Buschbohnenanbau dürfte in vorsichtigen Dispositionen infolge größerer Lagerbestandsüberhänge der Konservenindustrie liegen, die nicht nur einem harten Wettbewerb, sondern teilweise krassen Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der EWG ausgesetzt ist. Der Möhrenanbau dagegen bewegte sich 1968 wieder erheblich aufwärts.

D - 3996

GEMÜSEANBAU



Die Erträge fielen, abgesehen von den Frischerbsen, bei allen wichtigen Feldgemüsearten niedriger aus als im Vorjahr. Kohl und Buschbohnen erreichten im Ertrag allerdings den mehrjährigen Durchschnitt, lediglich die Möhnererträge blieben noch um 11% darunter.

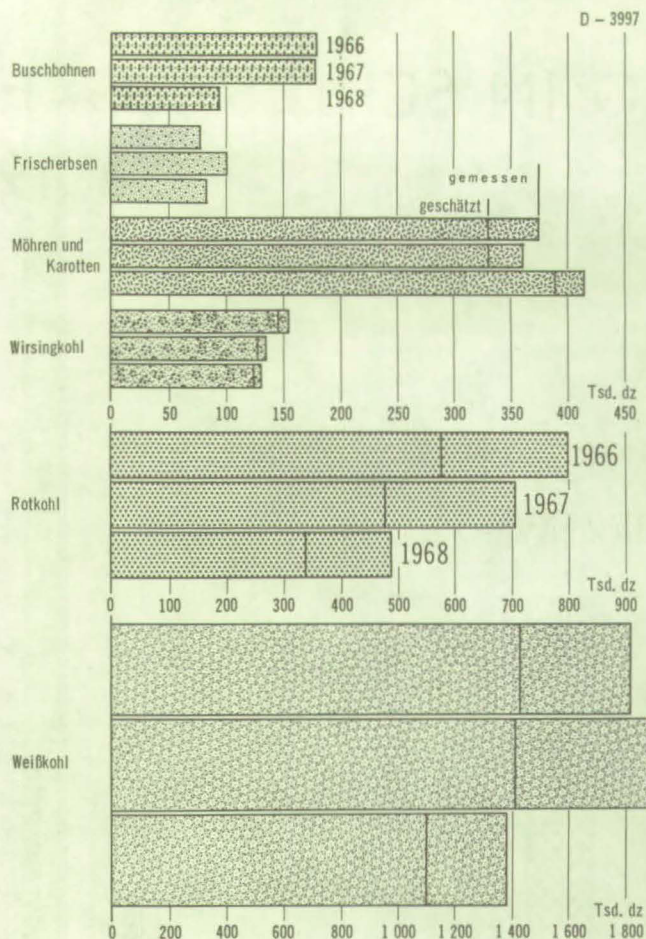
Für die amtlichen Ernteberechnungen mußten auch 1968 noch die Ergebnisse der Bericht-

Feldgemüseerträge

Gemüseart	Ertrag in dz/ha					
	1966		1967		1968	
	Schätzung	Messung	Schätzung	Messung	Schätzung	Messung
Buschbohnen	112,1	.	116,8	.	98,2	.
Frischerbsen	42,7	.	45,7	.	46,1	.
Späte Möhren	477,4	552,8	457,5	502,2	428,6	509,9
Karotten und frühe Möhren	221,8	.	230,1	.	234,0	.
Wirsingkohl	246,4	262,0	269,5	282,0	258,7	270,9
Rotkohl	394,4	547,0	374,9	552,7	342,2	492,9
Weißkohl	583,4	744,8	544,8	727,0	502,3	627,5

FELDGEMÜSEERNTEN

D - 3997



erstatterschätzungen verwendet werden. Für Schleswig-Holstein liegen seit Jahren auch Messungsergebnisse für einige Kohlarten und für Möhren vor. Sie zeigen, daß die Erträge besonders bei Kohl von den Berichterstattern stark unterschätzt werden. Zur Information werden in die nebenstehende Übersicht auch die Ergebnisse der Ertrags- und Ernteberechnungen aus den Messungen aufgenommen.

Dem Anbaurückgang und den niedrigen Hektarerträgen entsprechend betrug die Buschbohnen-ernte nur etwa die Hälfte der Vorjahresernte, war die Rotkolernte um 29% und die Weißkolernte um 22% kleiner als 1967. Auch die Frischerbsenernte sank wegen der Anbau-einschränkung noch um 18%. Dagegen war die Gesamternte an Möhren und Karotten trotz der unbefriedigenden Hektarerträge infolge der größeren Anbauflächen noch um 17% größer als 1967 und ist damit als etwa durchschnittlich anzusprechen.

Dr. Matthias Sievers

Vergleiche auch: "Anbau und Ernte 1967" in Stat. Monatsh. S.-H. 1968, S. 80 (April) sowie "Kartoffelernte 1968", "Anbau und Ernte von Gemüse 1968" und "Rübenernte 1968" in Wirtschaft und Statistik 1968, S. 546 ff. (November) und 1969, S. 24 (Januar)

Die Entwicklung auf dem Baulandmarkt 1962 bis 1967

Zu jedem Neubau gehört ein Grundstück, mithin gehen den eigentlichen Bauvorhaben, ob es sich nun um Wohnhäuser, Büro- und Betriebsgebäude oder um Straßen und Brücken handelt, meistens Grundstückskäufe voraus, es sei denn, der Bauherr hat bereits Grund und Boden, auf dem er bauen kann, wie z. B. der Landwirt oder der Eigentümer eines Trümmergrundstücks. Da man neue Bauwerke nicht ohne Bauland errichten kann, sind der Baulandmarkt und der Grundstücksmarkt eng miteinander verknüpft. Als im Zuge des allgemeinen Konjunkturrückgangs ab Mitte 1966 die Nachfrage auf dem Baumarkt zusehends nachließ¹, verschlechterte sich auch das Geschäft auf dem Markt für Bauland. Mit der Verbesserung der gesamten Konjunkturlage belebte sich im ersten Vierteljahr 1968 ebenfalls die Nachfrage auf dem Grundstücksmarkt.

Als das Bundesbaugesetz im Herbst 1960 in Kraft trat, wurde die Preisbindung für unbebaute Grundstücke, die seit 1936 bestanden hatte, hinfällig. Es erwies sich nunmehr als sinnvoll, die durch das Gesetz über die Preisstatistik vorgeschriebene Erhebung der Baulandpreise einzurichten. Im Juli 1961 war man soweit, daß die ersten Baulandpreise amtlich erhoben werden konnten. Im Gegensatz zu den anderen Preisstatistiken, die nur einen repräsentativen Ausschnitt aus der Gesamtheit erfassen, handelt es sich bei der Statistik der Baulandpreise in den vorgegebenen Grenzen um eine Totalerhebung. Die Statistik erfaßt alle unbebauten Grundstücke, die in den Baugebieten der Gemeinden für mehr als 200 DM verkauft wurden. Landwirtschaftlich genutzte und billigere Grundstücke werden nicht einbezogen. Für die Zeit von 1962 bis 1967 liegen nunmehr Jahresergebnisse für Bund, Länder und Kreise vor.

Die Statistik der Baulandpreise erfaßt außer dem Preis auch die Größe, die Lage und Art der veräußerten Grundstücke. Sie liefert also nicht nur Informationen über die preisliche Situation auf dem Baulandmarkt, sondern sie zeigt auch, welche Grundstücksarten und -größen sich häufen und in welchen Gegenden sich die Baulandumsätze besonders konzentrieren. Es hängt mit der Eigenart des Wirtschaftsgutes Bauland zusammen, daß ein zeitlicher und regionaler Preisvergleich in der Statistik der Baulandpreise nicht so exakt durchgeführt werden kann, wie in anderen Preisstatistiken, in denen die Preise von Marken- und Massenartikeln miteinander ver-

glichen werden. Auch wenn man die veräußerten Grundstücke nach den Erhebungsmerkmalen Baugebiet, Baulandart und Gemeindegrößenklasse gruppiert, bleiben innerhalb der so gebildeten Baulandgruppen trotzdem beachtliche Unterschiede nach Lage und Beschaffenheit bestehen, so daß die Durchschnittspreise für diese Gruppen nicht ohne weiteres mit den Durchschnittspreisen der gleichen Gruppen aus früheren oder späteren Perioden oder anderen Regionen verglichen werden können. Das gilt insbesondere, wenn die Zahl der Kauffälle nicht sehr groß ist. Zeitliche und räumliche Vergleiche von durchschnittlichen Grundstückspreisen sind daher nur möglich, wenn eine genügend große Anzahl von Kauffällen vorliegt. Deshalb befassen sich die folgenden Ausführungen hauptsächlich nur mit zwei Grundstücksarten, nämlich mit dem baureifen Land und dem Rohbauland. Diese beiden Grundstücksarten stellen in Schleswig-Holstein mit neun Zehntel der insgesamt veräußerten Fläche den bei weitem übertragenden Anteil der gesamten Baulandumsätze und gewährleisten daher im allgemeinen eine genügend große Anzahl von Fällen für die Auswertung.

Baureifes Land ist im Gegensatz zu Rohbauland durch Verkehrsanlagen und Versorgungseinrichtungen in ortsüblicher Weise für die Bebauung erschlossen. Der Grad der Erschließung ist je nach der Größe und Lage des Ortes oder Ortsteiles, in dem der Bauplatz liegt, unterschiedlich. In den modernen Wohngebieten der größeren Städte und zum Teil auch ihrem Umland gehören zur üblichen Erschließung nicht nur die Versorgungsleitungen für Strom, Gas und Wasser und eine Vollkanalisation, sondern auch ein Spielplatz, eine Ladenstraße oder -zeile sowie Grünanlagen und ausreichende Abstellplätze für Personautos. Demgegenüber umfaßt die ortsübliche Erschließung in Dorfgebieten vielfach nur die Versorgungsleitungen für elektrischen Strom und eine einfache Straße ohne Kanalisation. Rohbauland ist noch nicht erschlossen, sondern lediglich von den zuständigen Behörden für die Erschließung und Bebauung freigegeben. Als Rohbauland sind in der Regel größere unaufgeschlossene Grundstücksflächen anzusehen, die die Eigenschaft als land- und forstwirtschaftliches Vermögen verloren haben. Es ist dabei gleichgültig, ob das Gelände parzelliert ist oder nicht. Das übrige Bauland wird nach dem Verwendungszweck unterteilt in Industrieland, Land für Verkehrszwecke und Freiflächen. Bei den Freiflächen handelt es sich um Grünanlagen, Park- und Erholungsanlagen,

¹) Vergleiche hierzu: "Die Preisentwicklung in der Bauwirtschaft im Bundesgebiet", in Stat. Monatsh. S.-H. 1968, S. 201 (September)

Sport-, Spiel-, Zelt- und Badeplätze sowie Friedhöfe.

Die Entwicklung auf dem Baulandmarkt

In den sechs Jahren von 1962 bis 1967 wurden in Schleswig-Holstein 38 000 Grundstücke mit einer Gesamtfläche von reichlich 7 800 ha für insgesamt 750 Mill. DM verkauft. Die insgesamt veräußerte Baulandfläche entspricht der Größe von etwa 160 mittelgroßen Bauernhöfen. Sie teilt sich folgendermaßen auf die verschiedenen Grundstücksarten auf:

- 3 800 ha oder 48,5 % waren baureifes Land
- 3 308 ha oder 42,2 % waren Rohbauland
- 345 ha oder 4,4 % waren Land für Verkehrszwecke
- 279 ha oder 3,6 % waren Industrieland
- 107 ha oder 1,4 % waren Freiflächen

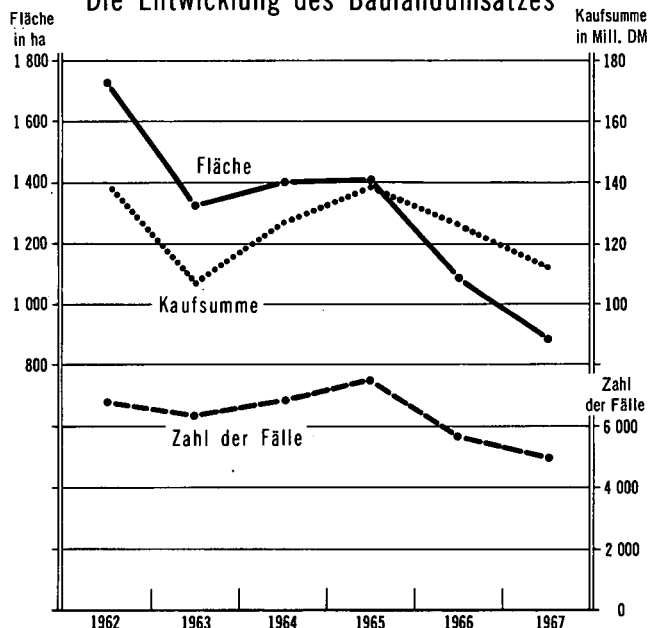
Wie sich der Baulandmarkt entwickelt hat, kann man an der Zahl der verkauften Grundstücke, an der umgesetzten Baulandfläche und an der Summe der Grundstückspreise ablesen. Welchen Verlauf diese Größen in den letzten sechs Jahren genommen haben, stellen die drei Kurven im untenstehenden Bild dar. 1962 wechselten in Schleswig-Holstein 6 815 Grundstücke den Eigentümer. Die damals veräußerte Baulandfläche belief sich auf 1 725 ha und die Summe sämtlicher dafür aufgewendeter Grundstückspreise betrug annähernd 139 Mill. DM. 1963 war das Baulandgeschäft nicht nur in Schleswig-Holstein, sondern auch im ganzen Bundesgebiet merklich geringer. In den nächsten beiden Jahren hat sich der Baulandumsatz in Schleswig-Holstein

beträchtlich belebt, so daß 1965 hier mit einer Gesamtzahl von 7 508 veräußerten Grundstücken der hohe Stand von 1962 noch übertroffen wurde. Die Preissumme sämtlicher verkaufter Grundstücke war 1965 fast wieder genau so groß wie 1962, die umgesetzte Baulandfläche blieb allerdings 18% unter dem Höchststand 1962. In den Jahren 1966 und 1967 ist die Umsatztätigkeit auf dem Baulandmarkt im Zuge der allgemeinen wirtschaftlichen Flaute erheblich geringer gewesen. So wurden 1967 in Schleswig-Holstein nur insgesamt 4 947 Grundstücke veräußert. Das waren 27% weniger als 1962 und 34% weniger als 1965. Die umgesetzte Baulandfläche verringerte sich wesentlich stärker als die Anzahl der Baulandverkäufe. Hieraus geht hervor, daß einerseits nicht mehr soviel Grundstücke und andererseits aber auch nicht mehr so große Grundstücke wie in den früheren Jahren gekauft wurden. Beim baureifen Land sank beispielsweise in den sechs Jahren die durchschnittliche Grundstücksgröße von 1 570 qm auf 1 124 qm, also um 28%. 1967 wurden in unserem Land insgesamt 886 ha Bauland verkauft, das ist fast die Hälfte von dem, was 1962 hier umgesetzt wurde. Im Vergleich zu 1965, dem letzten Jahr vor der wirtschaftlichen Flaute, ergibt sich eine Abnahme um 37%. In den einzelnen Bundesländern ist der Baulandmarkt in verschieden starkem Maße von der Rezession betroffen worden. So verminderte sich in der Zeit von 1965 bis 1967 die insgesamt veräußerte Baulandfläche in

Bremen	um 70 %
Niedersachsen	um 55 %
Nordrhein-Westfalen	um 46 %
Hessen	um 45 %
Bayern	um 43 %
Hamburg	um 39 %
Saarland	um 38 %
Schleswig-Holstein	um 37 %
Rheinland-Pfalz	um 34 %
Baden-Württemberg	um 27 %
Berlin (West)	um 22 %

D - 3993

Die Entwicklung des Baulandumsatzes



Im Bundesdurchschnitt belief sich der entsprechende Rückgang auf 42%.

Wenn man statt der Jahresergebnisse die Ergebnisse für halbe Jahre betrachtet, zeigt sich, daß der Rückgang auf dem Baulandmarkt in der zweiten Hälfte des Jahres 1966 einsetzte. Sowohl beim baureifen Land wie auch beim Rohbauland sank die Zahl der verkauften Grundstücke und die insgesamt veräußerte Baulandfläche in der Zeit von Juli bis Dezember 1966 auf den Tiefpunkt. In den beiden Jahreshälften 1967 ging die

Die Intensität auf den Baulandmärkten in den Planungsräumen

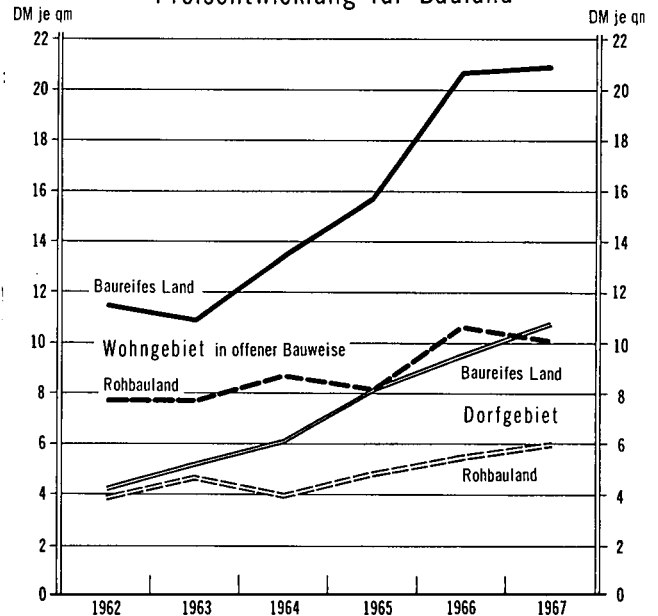
Planungsraum	KREISFREIE STÄDTE bzw. Kreise	Fläche in ha	Von 1962 – 1967 insgesamt veräußertes Bauland	
			In ha	in qm je ha Planungsraum
I	Hzgt. Lauenburg, Pinneberg, Segeberg, Stormarn	405 370	2 245	55,4
II	LÜBECK, Eutin, Oldenburg in Holstein	160 196	1 328	82,9
III	KIEL, NEUMÜNSTER, Eckernförde, Rendsburg, Plön	357 997	1 805	50,4
IV	Steinburg, Norder- und Süderdithmarschen	231 644	895	38,6
V	Eiderstedt, Husum, Südtondern	205 044	772	37,7
VI	FLENSBURG, Flensburg-Land, Schleswig	205 584	795	38,7
I – VI	Schleswig-Holstein	1 565 835	7 838	50,1

dem sie liegen, gliedert. Da bei den Grundstücksarten Industrieland, Land für Verkehrszwecke und Freiflächen nur verhältnismäßig wenig Veräußerungen vorkommen, muß man sich bei der Darstellung des Preisgefüges und der Preisentwicklung auf baureifes Land und Rohbauland beschränken. Bei der Gliederung nach dem Baugebiet unterscheidet man folgende sechs Kategorien: Geschäftsgebiet, Wohngebiet in geschlossener Bauweise, Wohngebiet in offener Bauweise, Industriegebiet und Dorfgebiet. Von 1962 bis 1967 konzentrierte sich der gesamte Umsatz von baureifen Grundstücken und von Rohbauland auf zwei Baugebiete. 58% des baureifen Landes und 65% des Rohbaulandes, das in den sechs Jahren den Eigentümer wechselte, war im Wohngebiet in offener Bauweise gelegen. Hierunter versteht man Wohngegenden, in denen die einzelnen Häuser einen vorgeschriebenen Mindestabstand haben müssen. Im Gegensatz zu Wohngebieten in geschlossener Bauweise, in denen sich ein Gebäude unmittelbar an das andere anschließt, 37% der in den sechs Jahren veräußerten Gesamtfläche von baureifen Grundstücken und 33% des verkauften Rohbaulandes lagen im Dorfgebiet. An der Fläche gemessen wurden somit 95% der baureifen Grundstücke und 97% des Rohbaulandes in diesen beiden Baugebieten umgesetzt.

Das nebenstehende Bild veranschaulicht die Preisabstufung und Preisentwicklung für die beiden Baulandarten und Baulandgebiete, die den Baulandmarkt in Schleswig-Holstein repräsentieren. Im Wohngebiet in offener Bauweise waren die Preise für baureifes Land in der betrachteten Zeit deutlich gegeneinander abgestuft. 1962 kostete 1 qm baureifen Landes in diesem Baugebiet in Schleswig-Holstein durchschnittlich 11,48 DM und im gleichen Gebiet zur gleichen Zeit 1 qm Rohbauland nur 7,74 DM. Der Preis für baureifes Land lag also im Mittel 48% über den Preis für

D - 3994

Preisentwicklung für Bauland



Rohbauland. 1967 mußte man in unserem Land in den Wohngebieten in offener Bauweise für 1 qm baureifen Landes im Schnitt 20,83 DM und für 1 qm Rohbauland 10,02 DM ausgeben. Der Preis für baureifes Land überragte nunmehr den Preis für Rohbauland um 108%.

Im Dorfgebiet betrug im Jahre 1962 der durchschnittliche qm-Preis für baureife Grundstücke 4,27 DM und der entsprechende Preis für Rohbauland 3,93 DM. Auch noch 1963 war die Preisabstufung dieser beiden Grundstücksarten im Dorfgebiet verhältnismäßig gering, was man auf dem Bild deutlich erkennen kann. Ab 1964 hat sich die Preisschere immer mehr geöffnet, weil die Preise für baureife Grundstücke erheblich stärker stiegen als die Preise der nicht erschlossenen Grundstücke. Im Jahre 1967 kostete 1 qm baureifen Landes in den Dorfgebieten Schleswig-Holsteins 10,72 DM und 1 qm Rohbauland 5,98 DM. Man mußte also 1967 im Dorfgebiet für bau-

reifes Land 79% mehr ausgeben als für Rohbauland. 1962 hatte dagegen der entsprechende Preisunterschied nur 9% ausgemacht.

Die beachtliche Zunahme der Preisabstufung zwischen Rohbauland und baureifem Land läßt sich vielleicht teilweise dadurch erklären, daß heutzutage die Grundstücke besser und aufwendiger erschlossen werden als noch vor ein paar Jahren. In diesem Zusammenhang sei aber angemerkt, daß man den Preisunterschied zwischen Rohbauland und baureifem Land nicht ohne weiteres mit den durchschnittlichen Erschließungskosten gleichsetzen darf. Denn die Grundstückspreise können auch innerhalb gleicher Baugebiete mehr von der Lage als vom Erschließungszustand abhängen, so daß Rohbauland in bevorzugten Wohngebieten durchaus teurer sein kann, als baureifes Land in nicht so guten Bezirken. Das Rohbauland könnte beispielsweise überwiegend in der Nähe von Großstädten, das baureife Land mehr in der Nähe von Kleinstädten oder in Dörfern liegen. Dabei würde es sich wohl gemerkt hinsichtlich des Baugebietes in allen Fällen um Dorfgebiete handeln.

Es ist allgemein bekannt, daß die Grundstückspreise beachtlich nach oben geklettert sind. Der Preis für baureifes Land hat sich von

1962 bis 1967 im Wohngebiet in offener Bauweise um 81% erhöht und im Dorfgebiet sogar um 151%. Der Preis für Rohbauland stieg dagegen in der gleichen Zeit im Wohngebiet in offener Bauweise nur um 29% und im Dorfgebiet um 52%. Wie man auf dem Bild sieht, war die Preisentwicklung in den sechs Jahren nicht stetig. Im Wohngebiet in offener Bauweise ging der Preis für baureifes Land im Jahre 1963 sogar etwas zurück und im Krisenjahr 1967 war kaum noch eine Erhöhung gegenüber dem Vorjahr festzustellen. Im Dorfgebiet hingegen kletterte der Preis für baureifes Land ziemlich stetig von 4,27 DM auf 10,72 DM. Beim Rohbauland war die Preisentwicklung nicht so einheitlich wie beim baureifen Land. Das mag einmal rein statistisch damit zusammenhängen, daß die Anzahl der verkauften Grundstücke bei Rohbauland bei weitem nicht so groß ist wie beim baureifen Land, und zum anderen damit, daß sich beim Rohbauland die einzelnen Grundstücke hinsichtlich der Qualität, der Lage und Größe stärker unterscheiden als beim baureifen Land.

Wie aus der Tabelle hervorgeht, gehört Schleswig-Holstein auf dem Baulandmarkt zu den Billigpreis-Ländern. Bei den vier wichtigen Grundstücks-kategorien, die hinsichtlich der veräußerten Fläche zu mehr als neun Zehntel

Die Grundstückspreise in den Bundesländern

Land	Wohngebiet in offener Bauweise			Dorfgebiet		
	1962	1967	Anstieg in %	1962	1967	Anstieg in %
	- DM/qm -			- DM/qm -		
Baureifes Land						
Schleswig-Holstein	11,48	20,83	81,4	4,27	10,72	151,1
Hamburg	34,16	49,09	43,7	25,60	46,16	80,3
Niedersachsen	9,55	15,57	63,0	5,58	8,74	56,6
Bremen	26,81	31,45	17,3	26,97	-	-
Nordrhein-Westfalen	15,83	28,65	81,0	8,26	12,98	57,1
Hessen	14,96	28,49	90,4	6,36	10,33	62,4
Rheinland-Pfalz	12,02	22,75	89,3	4,88	9,42	93,0
Baden-Württemberg	21,49	33,15	54,3	8,27	18,54	124,2
Bayern	21,04	33,59	59,6	9,48	16,27	71,6
Saarland	6,86	12,04	75,5	2,61	.	-
Bundesgebiet¹	16,35	28,92	76,9	6,92	13,20	90,8
Rohbauland						
Schleswig-Holstein	7,74	10,02	29,5	3,93	5,98	52,2
Hamburg	9,12	23,96	162,7	9,91	16,85	70,0
Niedersachsen	6,88	10,06	46,2	4,96	6,28	26,6
Bremen	12,99	14,88	14,5	11,58	-	-
Nordrhein-Westfalen	10,90	15,69	43,9	8,24	8,55	3,8
Hessen	11,66	17,37	49,0	7,20	8,28	15,0
Rheinland-Pfalz	8,38	11,27	34,5	4,33	6,50	50,1
Baden-Württemberg	15,53	23,33	50,2	6,75	14,29	111,7
Bayern	12,41	20,06	61,6	5,86	8,61	46,9
Saarland	4,58	6,06	32,3	2,35	.	-
Bundesgebiet¹	10,76	17,39	61,6	6,32	8,83	39,7

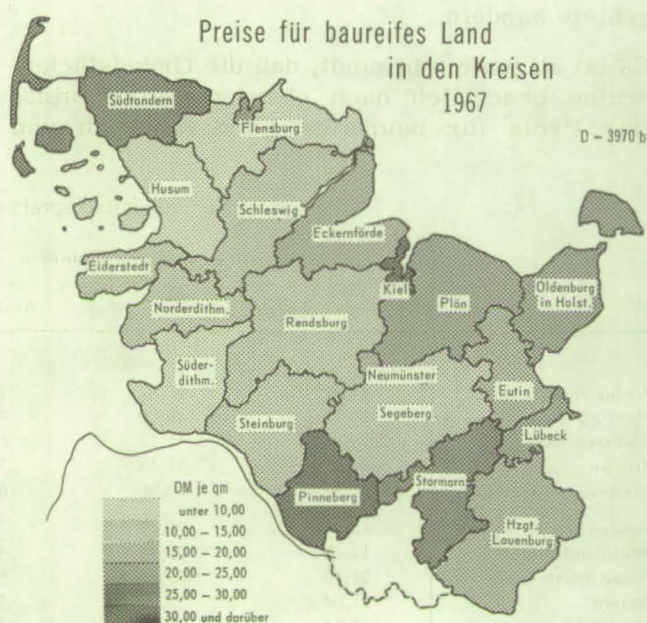
1) 1962 ohne, 1967 mit Berlin (West)

das Geschehen auf dem schleswig-holsteinischen Baulandmarkt repräsentieren, lagen die Preise in unserem Land weit unter dem Bundesdurchschnitt. Im Jahre 1967 war in unserem Land der Preis für baureifes Land im Wohngebiet in offener Bauweise um 28% niedriger als im gesamten Bundesgebiet. In Hamburg dagegen war der entsprechende Preis 70% höher als im Bund. Der Preis für baureifes Land im Dorfgebiet kostete in Schleswig-Holstein 19% weniger als im Bundesgebiet. Die Preise für Rohbauland lagen in Schleswig-Holstein im Wohngebiet in offener Bauweise um 42% und im Dorfgebiet um 32% unter dem Bundesdurchschnitt. Wenn man die Bundesländer (ohne Berlin (West)) nach der Höhe der bei ihnen im Jahre 1967 gültigen Preise für die vier Grundstücks-kategorien ordnet, rangiert Hamburg immer an erster Stelle. Die süddeutschen Länder Baden-Württemberg und Bayern liegen entweder auf dem zweiten oder dritten Platz. Gemessen an dem Preis für baureifes Land nimmt Schleswig-Holstein im Wohngebiet in offener Bauweise den drittletzten Platz und im Dorfgebiet den viertletzten Platz ein. Beim Rohbauland rangiert es einmal an zweitletzter und im Dorfgebiet sogar an letzter Stelle. Neben Schleswig-Holstein gehören noch zu den ausgesprochen billigen Ländern das Saarland sowie Niedersachsen und Rheinland-Pfalz.

Außer der länderweisen Preisabstufung kann man aus der Tabelle ablesen, wie stark die Grundstückspreise in den Bundesländern gestiegen sind. Im Bundesgebiet schnellte der Preis für baureifes Land von 1962 bis 1967 im Wohngebiet in offener Bauweise um 77% und im Dorfgebiet sogar um 91% in die Höhe. In der gleichen Zeit stieg im Bundesgebiet der Preis für Rohbauland im Wohngebiet in offener Bauweise um 62% und im Dorfgebiet um 40%. In den einzelnen Bundesländern war die Preiserhöhung sehr unterschiedlich. Baureifes Land verteuerte sich in Schleswig-Holstein sowohl im Wohngebiet in offener Bauweise wie auch im Dorfgebiet merklich stärker als im Bundesdurchschnitt. Der Preis für baureifes Land im Dorfgebiet kletterte in Schleswig-Holstein um 151%. Damit hatte unser Land in dieser Grundstücks-kategorie die bei weitem größte Preiserhöhung zu verzeichnen. Durch diesen enormen Preisanstieg verringerte sich der Abstand gegenüber dem Bundesdurchschnitt von 38% im Jahre 1962 auf 19% im Jahre 1967.

Eine Ursachenforschung über die Frage, warum sich das Gefüge und die Entwicklung der Baulandpreise in den Bundesländern unterscheiden, würde den Rahmen dieses

Aufsatzes sprengen. Es wären dazu viele Detailkenntnisse erforderlich, über die der Statistiker nicht ohne weiteres verfügt. Man müßte von den regionalen Baulandmärkten Angaben haben über Angebot und Nachfrage sowie über Qualität, Lage, Größe und Erschließungszustand der Grundstücke. Außerdem müßte man Unterlagen heranziehen über die Bevölkerungs-, Besiedlungs-, Erwerbs- und Infrastruktur der betreffenden Räume. Überdies müßte man Einblick nehmen in die Flächennutzungspläne der Gemeinden und Vorstellungen darüber haben, welche Infrastrukturmaßnahmen, Industrieansiedlungen oder andere Investitionen geplant sind. Außer diesen ökonomischen Ursachen spielen bei den länderweisen Preisunterschieden vielleicht auch sozialpsychologische Gründe eine Rolle. So mag beispielsweise das hohe Baulandpreisniveau in Baden-Württemberg nicht allein durch die starke Industrialisierung dieses Landes, sondern auch durch die Mentalität der schwäbischen Bevölkerung mit ihrem starken Wunsch nach dem Eigenheim zu erklären sein.



Das letzte Bild vermittelt einen Eindruck davon, welches Preisgefüge baureifes Land 1967 in den Kreisen Schleswig-Holsteins hatte. Es handelt sich bei den Preisen um Durchschnittsergebnisse für baureifes Land aller Baugebiete. Eine Gliederung der Preise für baureife Grundstücke sowohl nach Baulandarten als auch nach Baugebieten ist in den Kreisen wenig sinnvoll, weil in den so gebildeten Grundstücksgruppen die Zahl der Verkaufsfälle teilweise zu gering ausfallen würde, um noch signifikante Ergebnisse zu liefern. Wenn man die vier kreisfreien Städte und die 17 Kreise Schleswig-Holsteins nach dem

qm-Preis für baureifes Land im Jahre 1967 ordnet, ergibt sich nachstehende Rangfolge:

KIEL	31,30 DM
Pinneberg	30,17 DM
Südtondern	28,80 DM
Stormarn	27,48 DM
FLENSBURG	24,48 DM
Plön	22,11 DM
Oldenburg in Holstein	21,59 DM
LÜBECK	20,85 DM
Eckernförde	19,60 DM
Eutin	17,27 DM
NEUMÜNSTER	16,24 DM
Hzgt. Lauenburg	15,52 DM
Norderdithmarschen	12,73 DM
Rendsburg	12,25 DM
Schleswig	11,62 DM
Eiderstedt	11,62 DM
Segeberg	11,43 DM
Steinburg	10,42 DM
Flensburg-Land	9,69 DM
Husum	9,52 DM
Süderdithmarschen	9,22 DM

Der Landesdurchschnittspreis für baureifes Land aller Baugebiete betrug 1967 in Schleswig-Holstein 17,35 DM. Nur ganz geringfügig höher als dieser Landesdurchschnitt, nämlich 17,52 DM, war der durchschnittliche Preis für baureifes Land im Planungsraum III, der die kreisfreien Städte Kiel und Neumünster sowie die Kreise Eckernförde, Rendsburg und Plön umfaßt. Am höchsten war der durchschnittliche Preis für baureifes Land im Planungsraum I, zu dem die Hamburg umschließenden Kreise Pinneberg, Segeberg, Stormarn und Hzgt. Lauenburg gehören. 1967 kostete in diesem Planungsraum ein qm

baureifen Landes im Schnitt 20,53 DM. Dieses hohe Preisniveau ist allein auf die von Hamburg und seinem Umland ausgehende starke Baulandnachfrage zurückzuführen, denn im Planungsraum I liegen keine größeren kreisfreien Städte. Im Planungsraum II, der, wie bereits oben erwähnt, sicherlich starke Impulse vom wachsenden Fremdenverkehr erfährt, mußte man im Schnitt für 1 qm baureifen Landes 19,94 DM ausgeben. Die Preise waren also in diesem Gebiet merklich höher als im Städtedreieck Kiel - Neumünster - Rendsburg. Das niedrigste Preisniveau für baureifes Land (10,97 DM/qm) hatte der Planungsraum IV, zu dem der Kreis Steinburg und die beiden Dithmarschen gehören, aufzuweisen. Im Planungsraum VI mit der kreisfreien Stadt Flensburg und den Kreisen Flensburg-Land und Schleswig belief sich der qm-Preis für baureifes Land im Jahre 1967 auf 12,74 DM und im Planungsraum V mit den Kreisen Eiderstedt, Husum und Südtondern betrug er 15,64 DM. Dieses für den Nordwesten Schleswig-Holsteins auffallend hohe Preisniveau erklärt sich aus den teuren Grundstückspreisen auf den Nordseeinseln Sylt und Föhr, die zum Kreise Südtondern gehören.

Auch über die Ursachen der Preisunterschiede in den Kreisen und kreisfreien Städten kann man außer einigen Hinweisen, wie beispielsweise die wirtschaftliche Ausstrahlungskraft der Stadtregion Hamburg oder vermutliche Wirkungen des stark zunehmenden Fremdenverkehrs, kaum etwas sagen. Es gilt hier das gleiche, was bereits bei der Darstellung der Preisunterschiede in den Bundesländern erwähnt wurde.

Dr. E. Heeren

Vergleiche auch: Der Baulandmarkt in Schleswig-Holstein 1962 bis 1967, Grafik des Monats in: Stat. Monatsh. S.-H. 1968, Heft 12 (Dezember)

Kurzberichte

Ausländer in Schleswig-Holstein

Am 30.9.1968 gab es in Schleswig-Holstein 30 058 Ausländer. Damit betrug der Anteil an der Gesamtbevölkerung 1,2%. Als am 31.3.1955 nach einer Phase lückenhafter Erfassung wieder brauchbare Zahlen vorlagen, waren es dagegen nur 12 587, was einem Anteil von 0,5% entsprach. Die Angaben beruhen auf Auszählungen der bei den Kreisen geführten Ausländerregister. Diese enthalten alle Ausländer, die ihren gewöhnlichen

Aufenthalt im Bereich der Ausländerbehörde haben. Nicht gezählt werden Deutsche mit fremder Staatsangehörigkeit, da sie keine Ausländer im Sinne des § 1 Absatz 2 des Ausländergesetzes sind. Seit 1967 werden die Grenzarbeitnehmer nicht mehr erfaßt.

Wenn man diese Entwicklung im Zeitablauf einmal näher betrachtet, dann fällt auf, daß zwischen der Zahl der Ausländer und der wirtschaftlichen Entwicklung im Lande eine enge Korrelation besteht. In der wirtschaftlichen Aufbauphase nach dem 2. Weltkrieg bis

zur ersten Hochkonjunktur Ende der 50er Jahre blieb die Zahl der Ausländer nahezu konstant. Am 31.12.1958 lebten in Schleswig-Holstein 12 700 Ausländer. Dann aber reichten die inländischen Arbeitskräfte nicht mehr aus, und die Zahl der Ausländer stieg bis zum 30.6.1966 stetig bis auf 33 004 an. Danach machte sich die wirtschaftliche Krise mit einem Rückgang auf 29 121 bis zum 30.9.1967 bemerkbar, und der darauf folgende Aufschwung zieht jetzt wieder Ausländer an.

Entwicklung der Zahl der Ausländer

31. 3. 1955	12 587
31. 12. 1956	12 410
31. 12. 1958	12 700
31. 12. 1960	13 821
31. 12. 1962	20 042
30. 6. 1964	24 276
30. 6. 1966	33 004
30. 9. 1967	29 121
30. 9. 1968	30 058

Der weitaus größte Teil der Ausländer, die in der Zeit vom 1.1.1959 bis zum 30.6.1966 nach Schleswig-Holstein zogen, kam aus den sechs Anwerbeländern Türkei, Spanien, Italien, Griechenland, Jugoslawien und Portugal. Die

Zahl der Personen aus den Anwerbeländern stieg in dem genannten Zeitraum um 14 234 auf 15 261, die der Personen aus den übrigen Ländern einschließlich Staatenloser und ungeklärter Fälle dagegen nur um 6 070 auf 17 743. Hierdurch wird die oben getroffene Feststellung erhärtet, daß die Ausländer vor allem von der aufblühenden Wirtschaft angezogen wurden.

Den größten Teil der Ausländer stellten am 30.9.1968 die Türken mit 4 103 (13,7%) gefolgt von den Spaniern (3 251 = 10,8%). Erst an dritter Stelle rangieren mit 2 710 (9%) die

Ausländer ausgewählter Staatsangehörigkeiten am 30. 9. 1968

Staatsangehörigkeit	Ausländer insgesamt	darunter	
		Frauen	Kinder unter 16 Jahren
Türkei	4 103	1 034	629
Spanien	3 251	990	389
Dänemark	2 710	1 389	459
Italien	2 191	401	401
Griechenland	1 933	729	336
Polen	1 723	495	284
Österreich	1 498	508	285
Jugoslawien	1 336	554	139

Ausländer in den Kreisen am 30. 9. 1968

KREISFREIE STADT Kreis	Ausländer insgesamt	darunter		Ausländer je 1 000 Einwohner	Personen aus Anwerbeländern ¹
		Frauen	Kinder unter 16 Jahren		
LÜBECK	4 912	1 519	1 020	20,2	2 510
KIEL	3 223	909	341	12,0	1 198
FLENSBURG	1 310	580	258	13,6	149
NEUMÜNSTER	805	216	166	11,0	335
Kreisfreie Städte	10 250	3 224	1 785	15,1	4 192
Pinneberg	6 155	2 046	798	23,3	4 009
Stormarn	2 553	785	388	14,2	1 353
Hzgt. Lauenburg	2 049	637	345	14,4	1 184
Steinburg	1 155	341	311	9,0	654
Hamburg-Umland	11 912	3 809	1 842	16,6	7 200
Südtondern	1 204	575	120	16,5	263
Süderdithmarschen	313	137	64	4,3	92
Norderdithmarschen	273	102	59	4,4	104
Husum	207	83	48	3,1	26
Eiderstedt	91	36	24	4,6	12
Westküste	2 088	933	315	7,1	497
Rendsburg	1 226	368	261	7,4	329
Segeberg	814	362	35	7,2	439
Eutin	801	282	186	8,3	338
Oldenburg in Holstein	777	302	94	8,9	160
Flensburg-Land	665	283	150	9,1	52
Schleswig	587	227	141	5,8	130
Plön	525	204	51	4,4	166
Eckernförde	413	135	90	5,6	100
Übriges Schleswig-Holstein	5 808	2 163	1 008	7,0	1 714
Schleswig-Holstein	30 058	10 129	4 950	11,9	13 603

1) Türkei, Spanien, Italien, Griechenland, Jugoslawien, Portugal

Dänen, von denen über die Hälfte (1 450) in der Grenzstadt Flensburg und den Grenzkreisen Flensburg-Land und Südtondern leben. Nur aus acht Ländern kommen mehr als 1 000 Personen.

Von den Ausländern in Schleswig-Holstein waren ein Drittel Frauen und knapp ein Sechstel Kinder unter 16 Jahren. Bemerkenswert ist, daß die "Gastarbeiter" anteilmäßig nicht durchweg weniger Kinder haben als die "alteingesessenen" Ausländer wie die Dänen, Polen und Österreicher. So beträgt der Anteil bei den Italienern 18,3% und bei den Griechen 17,4%, dagegen bei den Dänen nur 16,9%. Bei den Jugoslawen (10,4%) und den Spaniern (12,0%) liegt der Anteil der Kinder dagegen erheblich unter dem Landesdurchschnitt.

Ende Juni 1968 gab es nach Angaben des Landesarbeitsamtes Schleswig-Holstein-Hamburg in Schleswig-Holstein 13 598 beschäftigte nichtdeutsche Arbeitnehmer. Davon waren über die Hälfte (7 617) im produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) tätig. Im Baugewerbe gab es 1 178 (8,7%) nichtdeutsche Arbeitnehmer. Von den 939 (6,9%) in der Land- und Forstwirtschaft, Gärtnerei und Fischerei Beschäftigten wurden 719 im Arbeitsamtsbezirk Elmshorn erfaßt, was darauf schließen läßt, daß diese Arbeitskräfte überwiegend in den Baumschulen arbeiten.

Abschließend soll dargestellt werden, wie die Ausländer sich über das Land verteilen, denn der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung ist in den Kreisen sehr unterschiedlich. Er schwankt zwischen 2,3 und 0,3 je hundert Einwohner. Den höchsten Ausländeranteil hat der Kreis Pinneberg mit 2,3 je hundert Einwohner. Auch in Lübeck liegt der Anteil mit 2,0 weit über dem Landesdurchschnitt. Die niedrigsten Ziffern wurden für den Kreis Husum (0,3) und Süderdithmarschen (0,4) errechnet.

In den Hamburger Randkreisen Pinneberg, Stormarn, Hztg. Lauenburg und Steinburg leben fast 40% der Ausländer und über 50% der Personen aus den Anwerbländern. Auch die kreisfreien Städte sind Ausländerzentren, hier leben knapp 35% der Ausländer und gut 30% der Personen aus den Anwerbländern.

In den fünf überwiegend landwirtschaftlich orientierten Kreisen der Westküste halten sich dagegen mit Ausnahme des Kreises Südtondern mit seinen Fremdenverkehrszentren nur sehr wenige Ausländer auf.

Dipl.-Volksw. Peter Möller

Vergleiche auch: "Ausländer in Schleswig-Holstein 1966" in Stat. Monatsh. S.-H. 1966, S. 255 (November)

Industrieproduktion 1968 außergewöhnlich expansiv

Die Erzeugung von Industriegütern in ihrer Vielfalt mißt man am Index der industriellen Produktion. Dieser Volumenindex gibt für jeden Monat an, wie viele Güter im Verhältnis zum Monatsdurchschnitt des Basisjahres hergestellt wurden. Die unterschiedliche Länge der Monate (Zahl der Arbeitstage) wird dabei auf rechnerischem Wege ausgeschaltet.

Starker Konjunkturaufschwung

Der Produktionsausstoß erreichte 1968 in Schleswig-Holstein mehr als das Eineinhalbfache der vor zehn Jahren erzeugten Gütermenge. Er war damit um ein Zehntel größer als 1967. Demgegenüber hatte die jährliche Zuwachsrates von 1962 bis 1966 im Durchschnitt nur etwa 3% betragen. Zuletzt war 1961 gegenüber 1960 eine etwa gleich große Steigerung registriert worden wie im Berichtsjahr. Die Belebung der Produktion erstreckte sich, von Ausnahmen abgesehen, über die ganze Breite der Erzeugnisse. Besonders kräftige Impulse gingen dabei von Betrieben aus, zu deren Fertigungsprogramm die folgenden Güter gehören:

Gummi- und Asbestwaren	+ 41 %
Kunststoffzeugnisse	+ 30 %
Elektrotechnische Erzeugnisse	+ 23 %
Druckerzeugnisse	+ 17 %
Schiffe	+ 12 %
Chemische Erzeugnisse	+ 10 %

Der Maschinenbau, nach der Beschäftigtenzahl der bedeutendste Industriezweig des Landes, steigerte die Produktion um 3%. Die ebenfalls sehr gewichtige Ernährungsindustrie vergrößerte ihren Warenausstoß um 7%. Hier steht einer Produktionsausweitung bei Fleisch und Fleischerzeugnissen um 13% eine Einschränkung bei verarbeitetem Obst und Gemüse um 17% gegenüber. Dies ist zum Teil die Folge von Produktionsumstellungen: Statt reiner Gemüsekonserven werden zunehmend mehr fleischhaltige Mischkonserven, sogenannte Fertiggerichte, hergestellt.

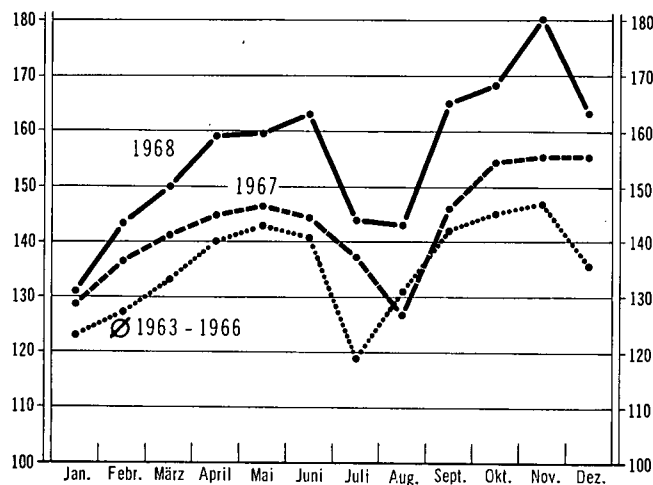
Die Ledererzeugung, ein auf langer Tradition beruhender und vor 10 Jahren noch recht beachtlicher Produktionszweig, sank im vergangenen Jahr zur Bedeutungslosigkeit ab. Vor dem 2. Weltkrieg waren allein in den Lederfabriken Neumünsters noch weit mehr als 1 000 Beschäftigte tätig gewesen.

Leicht veränderter Saisonverlauf

Die Produktionskurve folgte im ganzen gesehen dem saisonüblichen Verlauf, wie er sich im Durchschnitt der Jahre 1963 bis 1966 darstellt. Das ausgeprägtere Produktionstief im

Index der industriellen Produktion

1958 = 100



Sommer geht hauptsächlich auf die ab 1967 wirksame Verschiebung der Schulferien zurück, die in früheren Jahren im ersten August-Drittel endeten, ab 1967 diesen Monat aber fast ganz einbezogen. Die verstärkte Einführung geschlossener Betriebsferien spielte hierbei sicher auch mit.

In jedem Monat wurde die entsprechende Vorjahresproduktion überschritten, und zwar mit steigender Tendenz. Daß der Weihnachtsmonat in dieser Hinsicht eine Ausnahme darstellt, liegt in den am Jahresende 1967 einsetzenden konjunkturellen Auftriebskräften begründet, die den Indexstand - entgegen den saisonalen Erwartungen - auf dem Novemberebene gehalten hatten. Die Progression des Zuwachses ist ferner durch den Umstand beeinträchtigt, daß der Höhepunkt der Produktionseinschränkungen 1967 in das zweite Vierteljahr fiel. Daraus ergibt sich für das Frühjahr 1968 eine im Vergleich zum Vorjahr besonders hohe Steigerungsrate.

Vergleich zum Bund

Die industrielle Produktion hat 1968 in Schleswig-Holstein - wie im Bund - einen ungewöhnlich kräftigen Zuwachs erfahren. Diese Entwicklung muß vor dem Hintergrund der allgemeinen wirtschaftlichen Situation des Jahres 1967 gesehen werden, die auf vielen Gebieten Dämpfungerscheinungen erkennen

ließ. Dem vergangenen Jahr war in der Bundesrepublik eine Rezession, begleitet von einer Drosselung der industriellen Produktionstätigkeit, vorausgegangen. Während der Warenausstoß im Bundesgebiet 1967 um fast 3% unter das Vorjahresniveau abgesunken war, trat in Schleswig-Holstein sogar noch ein geringer Zuwachs ein.

Dieser Unterschied in der Entwicklung hat mehrere Ursachen, die vornehmlich auf strukturellem Gebiet liegen. Die Industrie des Landes ist stärker auf konsumnahe Erzeugnisse ausgerichtet als die des Bundes. Die Rezession erfaßte aber hauptsächlich den im Lande fast völlig fehlenden Bergbau (Kohlenförderung) sowie die im Vergleich zum Bund viel schwächer besetzte Investitionsgüterindustrie mit Schwerpunkten im Kraftfahrzeug- und Maschinenbau. Demgegenüber hat die Nahrungs- und Genußmittelerzeugung in Schleswig-Holstein das dreifache Gewicht wie im Bund; sie war hier wie dort auch 1967 expansiv. Gewisse sektorale und temporale Produktionseinschränkungen in Schleswig-Holstein wurden darüber hinaus durch die Ansiedlung neuer Betriebe überdeckt, eine Komponente, die im wesentlichen auf der Verlegung von Betrieben aus Hamburg in das Nachbarland beruht.

	Veränderung des Produktionsindex gegenüber dem Vorjahr	
	Schleswig-Holstein	Bund
1965	+ 4,0 %	+ 5,6 %
1966	+ 3,2 %	+ 1,4 %
1967	+ 0,6 %	- 2,5 %
1968	+ 9,6 %	+ 12,3 %

Unter den geschilderten ungleichen Ausgangsbedingungen verwundert es nicht, daß der Produktionsanstieg des Jahres 1968 im Bund noch stärker ausfiel als in Schleswig-Holstein. Es wäre falsch, daraus auf einen Rückstand in diesem Bundesland zu schließen. Zieht man nämlich 1966 zum Vergleich heran, so ergeben sich für Land und Bund annähernd übereinstimmende Zuwachsraten. Schleswig-Holstein hat also langfristig in vollem Umfang am Aufschwung der industriellen Gütererzeugung des Bundes teilgenommen.

Hermann Egge

ERLÄUTERUNGEN: Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen. Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1 - 5": "1 bis unter 5". Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit

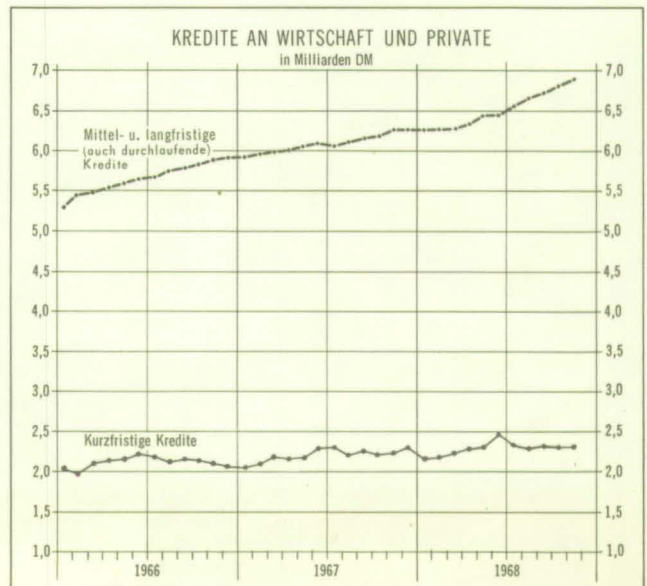
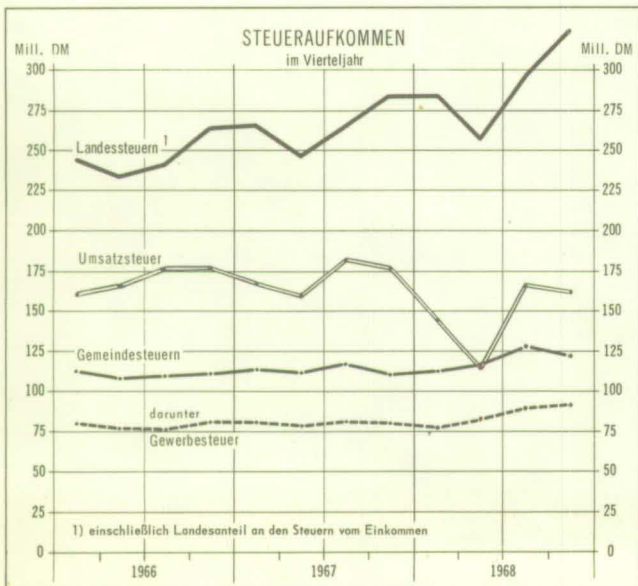
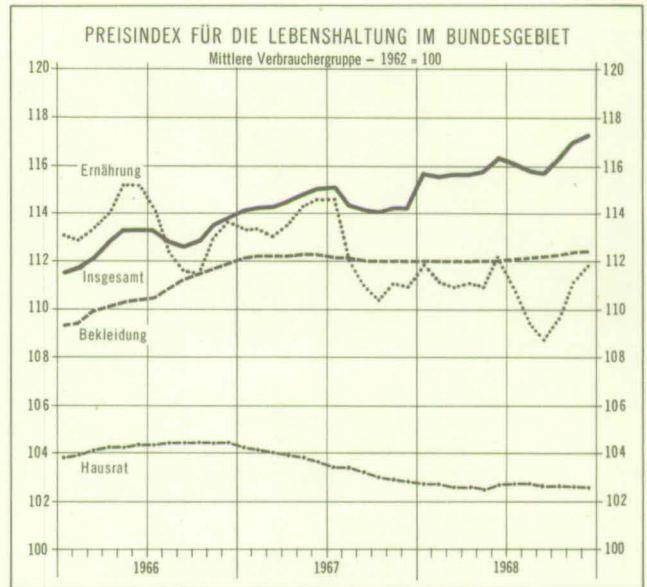
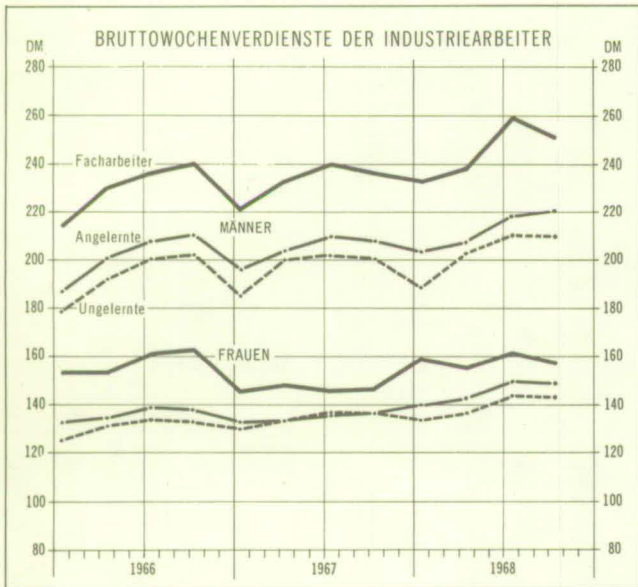
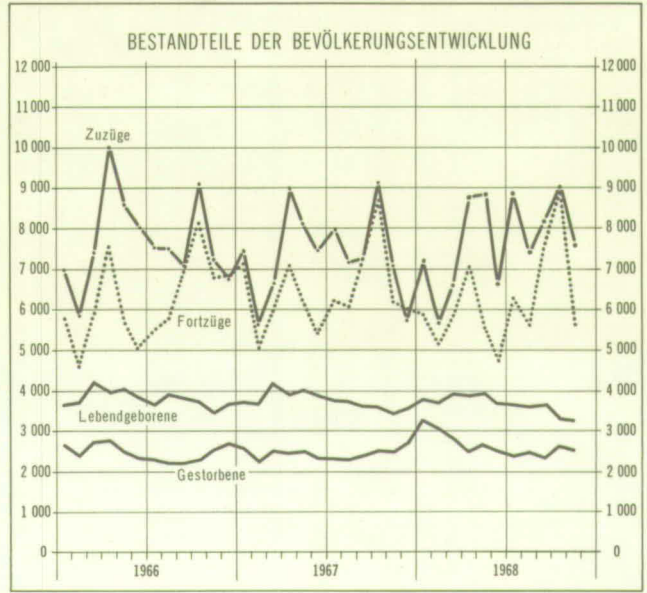
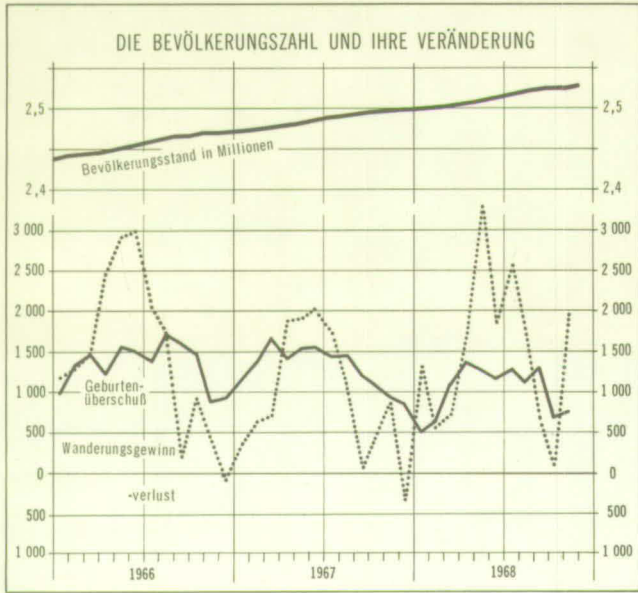
. = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt,

Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos

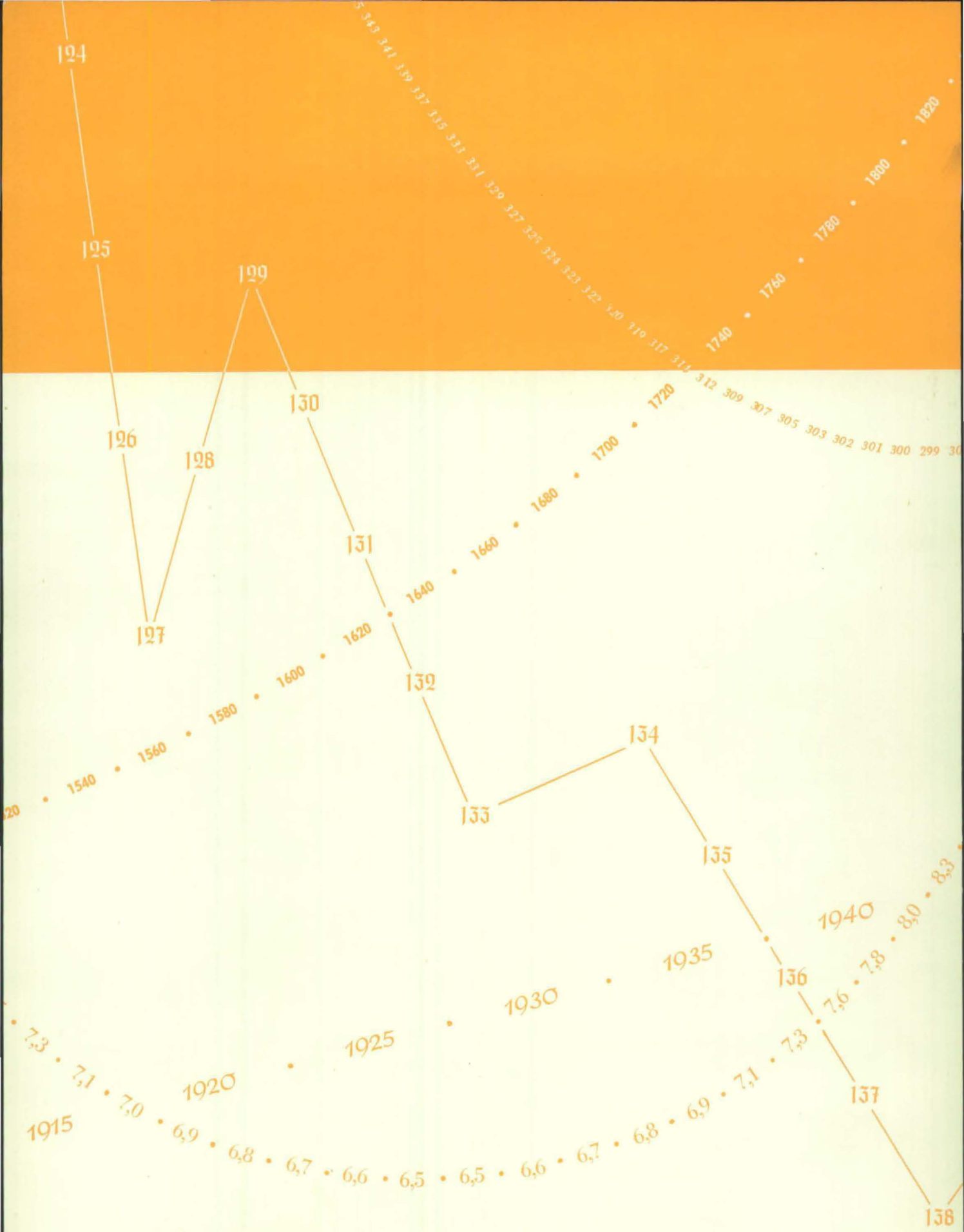
... = Zahlenwert noch nicht bekannt

SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus der Industrie: Produktionsindex, Beschäftigtenzahl und Umsatz der Industrie insgesamt; Index und Beschäftigte im Maschinenbau, Schiffbau, Bauwirtschaft und Ernährungsindustrie.



1) einschließlich Landesanteil an den Steuern vom Einkommen



Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach; Mühlenweg 166; Fernruf 4 36 02

Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korscheya

Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21

Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,— DM

— Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet —

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen